RosaLux

Journal der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

2_2008

Ausblick
Kommunalakademie
Internationale Simone de Beauvoir Konferenz

Bericht
»Alte Linke – neue Linke« Rosas Wiege

Ansichten
Bodo Ramelow über Möglichkeiten linker Politik auf Landesebene

Internationales
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südafrika

Politikwechsel von links?

Inhalt

Editorial 3

in memoriam
Peter von Oertzen zum Gedenken 4

Rückblick
Der Klimawandel: Politische Maßnahmen im Kontext sozialer Gerechtigkeit 6
Steter Tropfen höhlt den Stein 6
Fern der Heimat – Heimat in der Ferne 7
Emekdunyasi.net: Das neue Internetportal in der Türkei 7
RLS-Büro in São Paulo umgezogen 7

Ausblick
Einige Veranstaltungen aus dem kommunalpolitischen Bildungsangebot im Juni 2008 8
Kommunalakademie 8
Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit 9

Bericht
Zwischen Mexiko und dem »Zentralrat der Kinderläden« 10
Rosas Wiege 11

Thema
Politikwechsel von links? 12
DIE LINKE wirkt! 14
Die Sozialistische Linkspartei Norwegens – bittere Früchte eines Erfolges 14
Die italienische radikale Linke zwischen Innovation und Enttäuschung 17
Die niederländische Socialistische Partij 19

Stiftungsverbund
Im Saarland ist alles anders 22
Büroeröffnung in Erfurt 23
Step by step 24

Internationales
Frieden und Sicherheit für Israel und Palästina 25
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südafrika 26

Ansichten
Zu den Möglichkeiten linker Politik auf Landesebene 28

Lesenswert
Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland 30
Der Weg führt nach St. Barbara 31

IMPRESSUM

RosaLux
Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erscheint vierteljährlich

Herausgeberin
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

Redaktion
Cengiz Barskanmaz [cb],
Murat Cakir [mc] (V.i.S.d.P.),
Erwin Heil [eh], Horst Helas [hel],
Ramona Hering [rh], Lutz Kirschner [Lk],
Peter Ostholt [ost], Dorit Riethmüller [dr],
Marion Schütrumpf [msch] und
Stephanie Ott [ott]

Redaktionsschluss
27. April 2008

Satz & Layout
Heike Schmelter

Gesamtherstellung
MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung

Auflage
5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff

Bestellung
Karin Malingriaux
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
malingriaux@rosalux.de

Titelfoto
Photocase.com [M]

Nicht gekennzeichnete Fotos
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, Mai 2008
ISSN 1864-6794

Liebe Leserin, lieber Leser!

Spätestens seit den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen sowie der Bürgerschaftswahl in Hamburg sind sich viele Beobachter einig: Die Partei DIE LINKE hat die Parteienlandschaft in Deutschland nachhaltig verändert. Was 2005 als »kurzfristige« Erscheinung bezeichnet wurde, gewinnt nun an Kontinuität. Auch in den alten Bundesländern ist DIE LINKE als eine weitere parlamentarische Kraft auf Landes- und Kommunalebene verankert.

Die Entwicklung der LINKEN und anhaltende parlamentarische Erfolge geben einigen Beobachtern Anlass zu der Frage, ob Deutschland ein Politikwechsel von links erlebt. Manche sprechen gar von einem »Linksruck« im Lande. Von der alltäglichen Regierungspraxis aus betrachtet kann sicher davon keine Rede sein. Aber das Wirken der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft bis in die Sozialdemokratie ist längst eine Realität.

Als eine politische Bildungseinrichtung, die der Partei DIE LINKE nahe steht, ist diese Entwicklung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung sicher ein Grund zur Freude. Aber gleichzeitig auch ein Anlass, die Hintergründe dieser Entwicklung näher zu betrachten und zu analysieren. Deshalb haben wir das Schwerpunktthema in dieser Ausgabe unseres Journals **RosaLux** der Frage **»Politikwechsel von links?«** – und dies nicht nur in Deutschland – gewidmet.

Cornelia Hildebrandt geht in ihrem Beitrag auf dieses Thema ein und versucht aus ihrer Sicht den möglichen Beitrag der LINKEN für einen Richtungswechsel der Politik in Deutschland darzustellen. Dass Erfolge auch bittere Früchte tragen können, meint Dag Seierstad, Mitglied des Nationalrats der Sozialistischen Partei Norwegens in seinem Beitrag. Mimmo Porcaro von der Partito della Rifondazione Comunista sieht dagegen die italienische Linke zwischen Innovation und Enttäuschung (es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Artikel vor den italienischen Wahlen Mitte April 2008 verfasst wurde). Cornelia Weißbach hingegen weist in ihrem Beitrag auf die bemerkenswerten Erfolge der Socialistische Partij in den Niederlanden hin.

Die Erfolge der Linken insbesondere als parlamentarische Kraft schaffen auch auf den Ebenen der Kommunal- und Landespolitik neue Möglichkeiten für einen Politikwechsel. Unter der Rubrik »Ansichten« stellt Bodo Ramelow, MdB und Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE, aus seiner Sicht die Möglichkeiten linker Politik auf Landesebene dar.

Selbstverständlich kann die Anfangs gestellte Frage »Politikwechsel von links?« im Rahmen eines Journals wie die **RosaLux** nicht ausschöpfend beantwortet werden. Das ist auch nicht unser Ziel. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird mit ihrer politischer Bildungs- und Forschungsarbeit im In- und Ausland weiterhin dieser Frage nachgehen, die Entwicklung linker Parteien und Bewegungen beobachten und die Ergebnisse der Öffentlichkeit in Veranstaltungen und mit Publikationen vorstellen. Wenn die Artikel dieser Ausgabe Ihr Interesse für Veranstaltungen und Publikationen unserer Stiftung wecken würden, hätten sie ihr Ziel erreicht.

Lohnenswert sind aber auch andere Beiträge, Artikel und Berichte in dieser Ausgabe. Auch diese sollen Ihr Interesse für unsere Stiftung wecken. Das Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung will mit seinem Nachruf das Werk und Leben des **Peter von Oertzen** würdigen. Sein Andenken wollen wir weiterhin in Ehren halten. Die Berichte aus unseren Veranstaltungen und aus unserem Stiftungsverbund sowie Veranstaltungshinweise belegen, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen großen Anklang innerhalb der Debatten der gesellschaftlichen wie politischen Linken in Deutschland finden. Das können wir auch für unsere internationale Arbeit behaupten. Die wachsende Anzahl unterschiedlicher Projektpartner in verschiedenen Ländern, die Eröffnung neuer Auslandsbüros und die erhöhte Zahl der ausländischen Anfragen sind ein Beweis dafür.

Dies alles ist für uns Motivation und Ansporn, unsere Stiftungsarbeit besser, innovativer und anspruchsvoller zu gestalten. Mit unserem Journal **RosaLux** werden wir Sie weiter informieren, ob und wie wir diesen Weg bestreiten. Wir würden uns freuen, wenn Sie mit Kritik und Anregungen, Teilnahme an unseren Veranstaltungen uns begleiten würden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der **RosaLux.**

Evelin Wittich

Dr. Evelin Wittich, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Christa Luft, Hermann Klenner, Klaus Höpcke

Peter von Oertzen zum Gedenken

Nachruf des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den Theoretiker und politischen Vorkämpfer eines demokratischen Sozialismus

Am 16. März 2008 ist im Alter von 83 Jahren Peter von Oertzen in Hannover gestorben. Mit seinem Tod verlieren die demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten in Deutschland einen ihrer bedeutendsten Theoretiker und aktivsten politischen Vorkämpfer. Das Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gedenkt seiner als einer Persönlichkeit, die für ihre linkssozialistischen Überzeugungen zeitlebens mutig auch dann eingetreten ist, wenn in den Reihen der eigenen Partei – der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der er 59 Jahre (von 1946 bis 2005) angehörte – entgegengesetzte Auffassungen die Oberhand behielten.

Die bestimmenden Begriffe im Werk des marxistischen Wissenschaftlers und politischen Gestalters Peter von Oertzen wurden Demokratie und Sozialismus. Deren Wechselverhältnis sah er so:

»Eine Demokratie ohne Sozialismus bleibt substanzlos und realpolitisch ebenso gefährdet, wie ein Sozialismus ohne Demokratie als Widerspruch in sich inakzeptabel wäre.«

Kennzeichnend für die Haltung von Oertzens in Programm-Fragen waren 1959 das gemeinsam mit Wolfgang Abendroth ausgesprochene CONTRA gegen das Godesberger Programm der SPD, in welchem sozialistische Ziele preisgegeben wurden, und dreißig Jahre später 1989 sein PRO für das auf dem Berliner Parteitag der SPD beschlossene Grundsatzprogramm, an dessen Text er als Koautor mitgearbeitet hatte. Darin heißt es: »Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.«

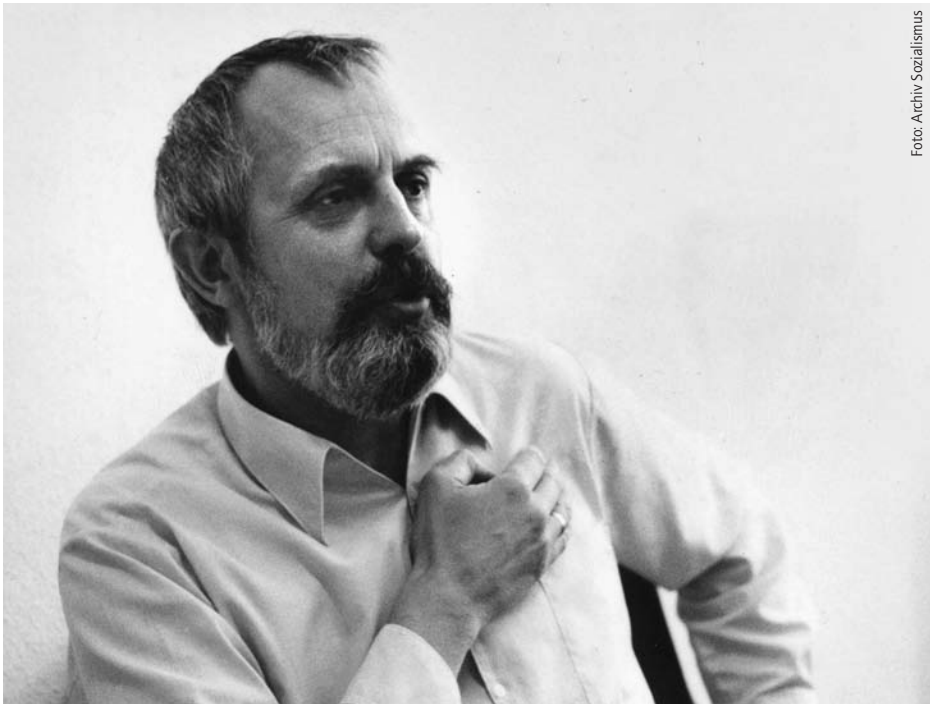


Foto: Archiv Sozialismus

Diese Grunderfahrung ergab sich für ihn auch aus seinen Studien über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Novemberrevolution 1918/19. Er trat ein für die Anwendung demokratischer Prinzipien im Bereich der Wirtschaft.

Unermüdlich bemühte er sich um eine politische Bildung, die den Menschen hilft, ihre Situation in der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen und sozialistische Folgerungen daraus für ihr Denken und Handeln zu ziehen. Darauf hin wirkten auch die von ihm während der sechziger Jahre herausgegebenen Arbeitshefte für linke Sozialdemokraten und Gewerkschafter. In diesem Sinne arbeitete er als Leiter der Programm-Kommission der SPD von 1973 bis 1975, die einen Orientierungsrahmen bis 1985 abstecken sollte. Ferner baute er die Parteischule der SPD neu auf, deren Leitung er übernahm. Im Landesverband der niedersächsischen Sozialdemokraten war er bis 1983 Vorsitzender.

In der Wahrnehmung ihm übertragener staatlicher Ämter – so seit 1963 als Pro-

»Um öffentliche Treueerklärungen für die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände abzugeben, bin ich 1946 nicht in die SPD eingetreten.«

Peter von Oertzen

Foto: Stephan Hoppe

Peter von Oertzen (* 2. September 1924 in Frankfurt am Main; † 16. März 2008 in Hannover)

fessor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover (früher TH) und als niedersächsischer Kultusminister von 1970 bis 1975 – war er ebenfalls in initiativreicher Weise tätig. Das gilt besonders für das erfolgreiche Ingangbringen der damaligen Hochschul- und Bildungsreform in Niedersachsen. Dass er während seiner Ministerjahre die Berufsverbotsanordnungen der Regierung Willy Brandt gegen Kommunisten zunächst unterstützte, hielt Peter von Oertzen später für seinen »größten politischen Fehler«. Er setzte sich später mit Vehemenz für die Rehabilitierung der von der politischen Unterdrückungsmaßnahme betroffenen Menschen kommunistischer, sozialistischer und anderer radikaldemokratischer Herkunft ein.

Nach der Vereinigung der deutschen Staaten 1990 verfasste er gemeinsam mit Michael Vester, Heiko Geiling, Thomas Hermann und Dagmar Müller das 1993 in Erstauflage und 2001 in erweiterter Nachauflage erschienene Werk »Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung« – eine umfassende und gründliche Klassenanalyse der heutigen Bundesrepublik. Der darin enthaltene Erkenntnisschatz bedarf größerer Beachtung in den aktuellen sozialen und politischen Kämpfen der Linken. Lebhafte Diskussion verdienen die reichhaltigen Anregungen zur Unterstützung der sich differenzierenden Milieus von Facharbeitern, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen, Frauen und Männern, Jungen und Alten in ihren Auseinandersetzungen mit sozialer Diskriminierung, »Abwertungskarrieren«, Deklassierung durch dauerhafte Armut und Arbeitslosigkeit und weiteren »neuen sozialen Ungleichheiten«, die das untergraben, was einst als sozialer Gerechtigkeitsvertrag aufgefasst worden war.

Als von Oertzen 2005 aus Protest gegen das von Schröder, Clement und Müntefering verfochtene Konzept einer verschärften asozialen Politik – genannt »Agenda 2010« – aus der SPD austrat, verwies er darauf, dass der Kapitalismus menschheitsgefährdend ist, und fügte hinzu, er sei und bleibe Sozialist und sei daher »in der SPD nicht mehr am rechten linken Platz«. Er arbeitete zeitweilig als Mitglied in der WASG mit. Zuvor hatte er – ebenfalls zeitweilig – unserem Kuratorium angehört. Mit diesem Schritt, den er damals noch als SPD-Mitglied tat, setzte er ein Zeichen der Bereitschaft, ungeachtet von Meinungsunterschieden und politischen Differenzen gemeinsam über Analysen und Lösungsvorschläge zu diskutieren. Es müsse, fand er, keine Grenzen geben, wo sie im Interesse der Gemeinsamkeiten überwunden werden können und sollten.

Prof. Dr. Christa Luft ist Vorsitzende des RLS-Kuratoriums; Prof. Dr. Hermann Klenner und Klaus Höpcke sind Kuratoriumsmitglieder.

Der Klimawandel: Politische Maßnahmen im Kontext sozialer Gerechtigkeit

Im Dezember letzten Jahres hatte die AG Soziale Rechte/attac Berlin im Bezug auf die aktuelle Klimafolgen-Debatte zu einem Workshop nach Berlin eingeladen. Der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte Workshop diente dazu, eine Informationsgrundlage zum Thema Klimawandel und Klimapolitik aufzubauen und eine gemeinsame Diskussion zu initiieren.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass die globale Dimension des Klimawandels für die Linke die Chance, aber auch die Notwendigkeit enthält, die gesellschaftliche Relevanz der Klimapolitik herauszustreichen und diese in den Kontext »globaler Rechte für alle« zu stellen.

Nun wurden die Präsentationen und Audiomitschnitte des Workshops auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung (http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=14498) veröffentlicht. Die jeweiligen Präsentationen können als pdf-Dateien heruntergeladen werden. Außerdem bietet die AG Soziale Rechte alle Dokumentationsmaterialien inklusive Film als DVD für 5 Euro an.

Die DVD kann bei **klimaworkshop@globale-soziale-rechte.org** bestellt werden. (mc)

Steter Tropfen höhlt den Stein

»Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht – eine (geschlechter-) gerechte Verteilung eine Menschenpflicht!« So lautete die Aussage der Fachtagung »Steter Tropfen höhlt den Stein – Frauen im Widerstand für ein Menschenrecht auf Wasser« vom 22. bis 24. Februar 2008 in Berlin-Wannsee. Die Veranstalter waren Ecomujer, ver.di (Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik), genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN.

120 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Frauen-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, unter ihnen Frauen aus Lateinamerika und Asien, diskutierten die Privatisierung, Verschmutzung und Verschwendung von Wasser. »Werden die Geschlechteraspekte bei Planungen nicht berücksichtigt, kann sich das negativ auf die Lebenssituation von Frauen auswirken«, erklärte Ulrike Röhr von genanet die Notwendigkeit der Tagung.

Im Süden sind viele Frauen von Wasserknappheit und dem lukrativen Handel mit dem »blauen Gold« betroffen. Aber auch in den Industrieländern wird Wasser immer teurer. Denn mit dem kostbaren Element werden hier Nahrungsmittel und Energiepflanzen erzeugt. Juana Vera aus Peru sagte:

»Die wasserreichen Industrieländer importieren durch die Nahrungsmitteln große Wassermengen aus den wasserarmen Regionen. Das verschärft die dortige Situation.«

Im Jahr 2002 befürworteten 147 Staaten das Recht auf Wasser. Dennoch wird es ständig verletzt. Vera Morgenstern, die Leiterin des Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di, versprach deshalb, die »blaue Agenda« der Frauen zum Wasserthema mit der gewerkschaftlichen Kampagne für »öffentliche Dienste von hoher Qualität« auf nationaler und internationaler Ebene zu verbinden. *(Sonja Vieten)*

Foto: Flickr.com/Pierre Holtz, UNICEF CAR

Fern der Heimat – Heimat in der Ferne

Am 24. und 25. April wurde feierlich das RLS-Büro in Mexiko-Stadt eröffnet

Die fünfte Auslandsvertretung der RLS in Mexiko ist eröffnet. Etwa 140 VertreterInnen politischer und akademischer Institutionen, NGOs und sozialer Organisationen, Regierungsvertreter und Medien fanden sich im April im neuen Domizil ein, um gemeinsam den Start in eine neue Phase der Arbeit in der Region zu feiern.

Am ersten Tag informierten Evelin Wittich, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS, Kathrin Buhl, Büroleiterin in São Paulo und Angela Isphording, Büroleiterin in Mexiko-Stadt einführend über die Arbeit der RLS als Stiftung und insbesondere in der Region. Den Auftakt zum zweiten Teil gab der deutsche Botschafter Roland Wegener. Der Erziehungsminister Mexiko-Stadts, Axel Didricksson, bekräftigte den Willen der linken Regierung, gemeinsam mit der RLS in der politischen Bildung zusammenzuarbeiten. Auch Sevim Dağdelen (MdB, DIE LINKE) sprach von der Notwendigkeit, mittels einer sozialistisch-demokratischen Politik ein Gegengewicht zu den neoliberal-kapitalistischen Tendenzen unserer Zeit zu setzen.

Die RLS arbeitet seit 2001 mit mehreren PartnerInnen in Mittelamerika im Bereich partizipative Kommunalentwicklung und Ressourcenpolitik zusammen. Jetzt sollen zwei weitere Themen in den Mittelpunkt der Arbeit rücken: alternative Medien und Migration. So widmete sich der zweite Tag der Eröffnung auch gleich den »Menschen in Bewegung«. Anschaulich gaben der Spoken-Word-Poet David Greene und eine Gruppe lateinamerikanischer MigrantInnen aus Philadelphia ihre Erfahrungen wieder, Sevim Dağdelen hob den migrationspolitischen Ansatz der LINKEN hervor und Prof. Camilo Pérez Bustillo von der Autonomen Universität Mexiko-Stadt hielt einen Vortrag zur »universellen Staatsbürgerschaft«. An der Veranstaltung nahmen knapp siebzig Personen teil. Mit einem Fest bis zum Morgengrauen wurde das Programm abgerundet.

Emekdunyasi.net: Das neue Internetportal in der Türkei

Das Zentrum für soziale Forschungen und Bildung (TAREM) in Istanbul ist eines der vielfältigen Auslandsprojekte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Unter dem Dach des Vereins für gesellschaftliche Solidarität (TODAY) hat sich das Zentrum binnen weniger Monate in den Kreisen der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und AkademikerInnen einen guten Namen erarbeiten können. Inzwischen gehören namhafte WissenschaftlerInnen sowie VertreterInnen von Gewerkschaften den TAREM-Beratungsgremien an. Im Februar 2008 wurde nun das TAREM-Internetportal (www.emekdunyasi.net) offiziell frei geschaltet. Das Internetportal ist in türkischer, deutscher und englischer Sprache aufgebaut und gibt tagesaktuell Informationen über gesellschaftspolitische Entwicklungen, soziale Bewegungen, Gewerkschaften und betriebliche Aktivitäten. Emekdunyasi.net wird zudem als ein internationales Kommunikations- und Vernetzungsplattform dienen und mit Analysen, Kolumnen, Artikeln sowie Studien und Übersetzungen neue Recherchemöglichkeiten für Gewerkschaften, JournalistInnen, AkademikerInnen und weiteren Interessierten schaffen.

RLS-Büro in São Paulo umgezogen

Fünf Jahre hat das kleine Büro der RLS in São Paulo gute Dienste geleistet. Mit dem Umzug in das neue Domizil verbessern sich nun die Arbeitsbedingungen für die fünf Ortskräfte und die Büroleiterin und es gibt Platz für eine Bibliothek und einen eigenen Veranstaltungsraum.

Das neue Büro wurde am 28. Februar 2008 eingeweiht. Seitdem ist eine Ausstellung über Leben und Werk Rosa Luxemburgs permanent zu sehen. Für das erste Halbjahr stehen Veranstaltungen zu regionalen Integrationsprozessen in Lateinamerika, das Verhältnis zur Europäischen Union und die Frage des Rassismus 120 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei in Brasilien auf dem Programm.

Neben den Aktivitäten in Brasilien werden von São Paulo aus auch Projekte in Chile, Argentinien und Uruguay betreut. Büroleiterin Kathrin Buhl hierzu: »Wir unterstützen direkt die Arbeit von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in der Region«. Die eigenen Projekte sind das zweite Standbein des Regionalbüros. Hier sieht sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung vor allem in der Rolle einer Impulsgeberin und Vermittlerin. Die Begegnung mit deutschen Akteuren ist ein weiteres wichtiges Anliegen des Büros.

Das neue Büro der RLS unterstützt und vernetzt die Arbeit sozialer Bewegungen und Organisationen. Ein gelungenes Beispiel dafür war die Büroeröffnung: neben der Ausstellung, einem Film und einer szenischen Lesung von Briefen Rosa Luxemburgs haben Gäste aus Brasilien, Argentinien und Deutschland darüber debattiert, welche Rolle eine Stiftung mit dem Namen Rosa Luxemburg im heutigen Lateinamerika spielen sollte. *(ott)*

Einige Veranstaltungen aus dem kommunalpolitischen Bildungsangebot im Juni 2008:

7. Juni 2008 in Essen
Kommunale Integrationskonzepte
ReferentIn: Sevim Dagdelen, Wolfgang Freye, u. a.
Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW in Kooperation mit dem Kommunalpolitischen Forum NRW

21./22. Juni 2008
in Stuttgart und Karlsruhe
Grundlagenseminar – Aktiv werden in der Kommunalpolitik
Referent: Manfred Klaus, Berlin
Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Forum Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg und der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Voraussichtlich 29. Juni 2008
in Hannover
Rechtsextremismus in Kommunen
Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mehr Informationen und Hinweise zu weiteren Veranstaltungen finden Sie auf der Internetseite der Kommunalakademie: www.kommunalakademie.rosalux.de

Kommunalakademie

Zu Beginn dieses Jahres hat die Rosa- Luxemburg-Stiftung eine Kommunalakademie gebildet, um insbesondere in den westdeutschen Bundesländern Akteure in ihren kommunalpolitischen Wirkungsfeldern zu unterstützen und Qualifizierungsmaßnahmen für sie anzubieten. Insbesondere sollen PolitikerInnen, BürgerInnen, kommunalpolitisch Aktive und darüber hinaus auch MitarbeiterInnen in Gewerkschaften, Verwaltungen und sozialen Bewegungen angesprochen und zum Erfahrungsaustausch angeregt werden.

Seit Januar ist die eigens für die Kommunalakademie geschaffene Stelle in der RLS mit Katharina Weise und einer zusätzlichen halben Stelle für die Sachbearbeitung mit Ann-Kathrin Lebuhn besetzt. »Knapp drei Monate nach ihrer Gründung ist die Kommunalakademie momentan mit einer Vernetzungsstelle vergleichbar«, bilanziert Katharina Weise. Die Koordination im kommunalpolitischen Bildungsbereich bestehe vor allem aus der engen Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen und den Regionalbüros, gehe aber auch darüber hinaus, sagt sie weiter. Primärer Aspekt dabei ist das Zusammenführen der verschiedensten Erfahrungen zwischen Ost und West, Frauen und Männern und zwischen Alt und Jung.

Bisher konzentriert sich die Arbeit der Kommunalakademie aufgrund großer Nachfrage mehrheitlich auf die westdeutschen Bundesländer, was aber ein Wirken im Ostteil Deutschlands nicht ausschließt. Denn das Ziel, bis Ende dieses Jahres in allen Bundesländern mit kommunalpolitischen Bildungsangeboten vertreten zu sein, soll erreicht werden. Dieser Herausforderung sieht Katharina Weise jedoch zuversichtlich entgegen, da die Resonanz auf das Schaffen der Kommunalakademie enorm sei: »Der Bildungswille in der Kommunalpolitik ist erstaunlich groß.« In einzelnen Bundesländern bestünden deshalb für die Angebote wie Workshops, Seminare und Erfahrungsaustausche bereits lange Wartelisten.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Fest der LINKEN

KONZERTE
POLITIK
LESUNGEN
PARTY
THEATER
KINDERFEST

Foto: Jacques Robert, © Editions Gallimard

26. Juni 1970, Paris

Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit

27. bis 28. Juni 2008, Berlin
Internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Anlass des 100. Geburtstages von Simone de Beauvoir

Simone de Beauvoir (1908–1986) hat sich mit ihrer Vita und ihrem Œuvre zutiefst in die Geschichte der internationalen Frauenbewegung eingeschrieben. Ihr zweibändiges Werk »Das andere Geschlecht« (Le deuxième sexe, 1949), wird nicht zufälligerweise häufig als »Die Bibel des Feminismus« bezeichnet. Ihm entstammt der vielzitierte Satz: »Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.« In beständiger Kommunikation mit ihrem Lebensgefährten, Jean-Paul Sartre, entwickelte die Pariser Philosophin eine existentialistische Ethik, in deren Zentrum sie den Begriff der Freiheit stellt und mit welcher sie die Frauen dazu auffordert, Autorinnen ihres eigenen Lebens zu werden und den diversen Formen »freiwilliger Knechtschaft« zu entrinnen.

Diese Anschauungen hat Simone de Beauvoir nicht nur aufgeschrieben; sie hat sie in einer für die noch sehr in traditionellen Mustern verhafteten französische Gesellschaft des 20. Jahrhunderts herausfordernden Weise gelebt und praktiziert. Sie stand in engem Kontakt mit den unterschiedlichen Strömungen der französischen Linken, wobei sie nie Mitglied der FKP war und, spätestens ab den Ereignissen in Ungarn 1956, auch zur Sowjetunion eine zunehmend kritische Haltung einnahm. Was sie mehr anzog, das waren nicht zu bürokratisierte kleinere Bewegungen, an deren Aktionen sie sich zuweilen beteiligte, wie etwa die Frauenbewegung, innerhalb derer sie sich seit Beginn der 70er Jahre engagierte.

»Man wird nicht als Frau geboren, man wird es« (»On ne naît pas femme, on le devient«).

Simone de Beauvoir

Ihr 100. Geburtstag dient der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Anlass für ein internationales Symposium, auf dem Vita, Werk und Wirkung der »Tochter aus gutem Hause« thematisiert werden sollen. Über die unmittelbare Beschäftigung mit dem exemplarischen Leben und Schreiben der Französin hinaus wird danach zu fragen sein, wie sich die Emanzipationsbewegung nach Beauvoir entwickelt, welche Erfolge, aber auch welche Misserfolge sie aufzuweisen hat, und wie heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, mit den Ideen und Forderungen Beauvoirs gearbeitet werden kann. *(Dr. Effi Böhlke)*

Foto: Editions Gallimard

Paris 1971

Mit: Yolanda Astarita Patterson, Liliane Kandel, Vincent von Wroblewsky, Danièle Fleury u. a.
Anmeldung unter: boehlke@rosalux.de

Bernd Hüttner

Zwischen Mexiko und dem »Zentralrat der Kinderläden«

Tagung »Alte Linke – neue Linke, die Protestbewegungen der 1968er Jahre in Westdeutschland und Europa«

Am 25. und 26. April fand an der Universität Hamburg eine geschichtspolitische Tagung statt. Sie wurde vom Gesprächskreis Geschichte der RLS vorbereitet und in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsrat Psychologie der Universität Hamburg und den Landesstiftungen Brandenburg, Bremen und Hamburg veranstaltet. Mit 80 TeilnehmerInnen war sie gut besucht.

Die Tagung richtete sich vorrangig an ein fachlich interessiertes Publikum im Feld zwischen Wissenschaft und sozialen Bewegungen. Sie wollte Themen stärken, die erst seit kurzem eine Rolle in der Forschung spielen, wie etwa die Bedeutung von transnationaler Kommunikation und Migration für »1968« oder auch die Rolle von Streiks und Arbeiterverhalten. In Vorträgen und in den Workshops wurde der Bogen weit aufgespannt: Er reichte von der Erinnerungspolitik in Mexiko zu 1968 bis zu den Alternativbewegungen der 1970er Jahre, von den verschiedenen Konzepten kritischer Medienarbeit bis zur Rolle und Bedeutung der LohnarbeiterInnen in den sozialen Kämpfen jener Zeit.

Der Eröffnungsvortrag dimensionierte »1968« räumlich und inhaltlich als globale Revolution, die als eine »plurale Einheit« verstanden werden müsse. So gebe es zwar zwischen den Ländern Ungleichzeitigkeiten, »1968« sei aber davon gekennzeichnet, dass die AkteurInnen das »Weltgeschehen als Folie des eigenen Handelns« angesehen und in den Themen durchaus übergreifende Gemeinsamkeiten geteilt hätten: etwa im Kampf gegen Krieg und Kolonialismus, in der neuen Rolle der Intelligenz und vor allem in der Bedeutung von Gegenkultur und der Kritik der traditionellen Geschlechterverhältnisse. Die zeitliche Periodisierung fiel da schon einfacher: Viele Beiträge unterschieden in eine Vorphase mit intellektuellen StichwortgeberInnen und antikolonialen Kämpfen, den Höhepunkt 1967 bis zur Jahresmitte 1969 und den Nachwirkungen bis zum Ende der 1970er Jahre. Diese Nachwirkungen seien unter anderem ein gestiegenes Maß an »labor unrest« und migrantischer Kämpfe, wie auch die organisationspolitischen Konsequenzen. Um diese Folgen entspann sich dann auch die Diskussion, vor allem darüber, wie und warum der antiautoritäre Aufbruch wieder in autoritären Formen eingehegt werden konnte.

»1968« wurde in allen Beiträgen als antihierarchische und grundlegend den Verhältnissen kritisch gegenüberstehende Bewegung beschrieben und sei im globalen Norden von einer Vielfalt der Protestformen gekennzeichnet gewesen. In den »1968er Jahren« fand auch eine »kulturelle Revolution« statt, die sich zwar in der Sphäre des Konsums und der Freizeit abspielte, und insofern das Wirtschaftswachstum und die Bildungsexpansion jener Jahre zur Voraussetzung hat. Gegenstand der Debatte war auch, welche Rolle die Medien für die Herausbildung eines »globalen 68« spielten. Es wurde berichtet, wie stark der internationale Bezug zwischen dem eigenen Handeln und den weltweiten Ereignissen war: Die AkteurInnen waren international informiert und neben persönlichen Kontakten spielten die Massenmedien dafür eine bislang nur unzureichend untersuchte Rolle.

Quer durch alle Vorträge und auch das Abschlussplenum zog sich die Frage der Periodisierung, etwa entlang der Frage, ob es die »neue Linke« nicht schon vor dem Jahr 1968 gegeben habe. Eine These, die von vielen geteilt wurde: Diese Intellektuellen seien in ihrer Abwendung von Sozialdemokratie und autoritärem Parteikommunismus zwar vor 1968 marginalisiert, aber dann umso wichtiger gewesen.

Abschließend lässt sich feststellen: »1968« war ein globales Phänomen. Die Forderungen der Revolte sind nicht in der aktuellen Ordnung aufgehoben, ihre Wünsche und Erfahrungen bleiben bis heute von Bedeutung und haben Berechtigung. Der durch »1968« ausgelöste Wechsel in der linken Themenagenda hin zu Themen wie Fortschrittskritik, Minderheitenrechten, eines erneuerten Internationalismus oder in der Kritik von Arbeit hat Folgen bis heute, die es zu berücksichtigen gilt. Offen musste bleiben, welche organisatorischen Konsequenzen zu ziehen seien.

»1968« war der letzte transformatorische Versuch, der sich auf einen gewissen historischen Optimismus stützte und der sich auch eindeutig »links« verortete. Alle nachfolgenden relevanten sozialen Bewegungen – egal ob es sich um die Solidarnosc, die westdeutsche Bewegung gegen Atomkraftwerke oder selbst die »Globalisierungsbewegung« handelt, konnten und taten dies nicht mehr.

Bernd Hüttner ist Koordinator des Gesprächskreises Geschichte und Regionalmitarbeiter Bremen der RLS.

Holger Politt

Rosas Wiege

Im Staatlichen Archiv zu Zamość (Südostpolen) fand sich 2003 das Hypothekenbuch des Hauses auf, in dem Rosa Luxemburg am 5. März 1871 aller Wahrscheinlichkeit nach zur Welt gekommen ist. Eliasz Eduard Luxenburg, Rosas Vater, verkaufte im Juni 1870 das Haus in der damaligen Ogrodowa-Straße an den Probst der orthodoxen Kirche, sicherte sich aber kostenfreies Wohnrecht bis Juni 1871 zu. Dies war mit der festen Absicht verbunden, bis dahin nach Warschau umzusiedeln, was dann aber erst drei Jahre später erfolgte. Die Luxemburgs bewohnten das Erdgeschoss, jeweils drei Fenster zur Straßen- und zur Hofseite. Zur Straßenseite hin befand sich der Salon, der repräsentativste Wohnraum. Die Inneneinrichtung der Wohnung ist überliefert, da im Mai 1871 zwischen den Eltern Rosa Luxemburgs ein Vertrag über Gütertrennung aufgesetzt wurde (dieser befindet sich ebenfalls im Staatlichen Archiv). Daraus ist u. a. ersichtlich, dass der große Speiseraum zugleich als Kinderzimmer für Rosas Geschwister diente. Ein Kiefernholztisch mit zwölf Stühlen, eine Wanduhr, ein Bücherschrank, darin 79 Bücher auf Hebräisch, Polnisch, Russisch und Deutsch, sowie zwei Sofas und zwei Kinderbetten sind auf der Inventarliste dieses Zimmers verzeichnet. Im Schlafzimmer standen zwei Betten aus Eschenholz, dazu diverse unentbehrliche Gegenstände zum Frisieren und Ankleiden. Aufgeführt findet sich auch eine Wiege aus Kiefernholz für die dreimonatige Rosa. In der Küche befanden sich zwei Schlafstätten für die Bediensteten. Die drei Samoware standen im Salon, in der Küche und im Speiseraum.

»Die Familie, der unvergeßliche Ort, an dem alles begonnen hat.«

Max Gallo

Im Sommer 1871 dürften Rosas Eltern dann umgezogen sein in jenes Haus am Markt, wo noch heute die Gedenktafel zu Ehren der großen Tochter der Stadt angebracht ist. Rosas Geburtshaus ist heute kommunales Eigentum und dient als Mietshaus. Obwohl das Zentrum der Renaissance-Stadt Zamość heute weitgehend wie herausgeputzt wirkt, nagt an Rosas Geburtshaus doch eher der Zahn der Zeit.

Dr. Holger Politt ist Leiter des RLS-Büros Mittel- und Osteuropa in Warschau.

Geburtshaus Rosa Luxemburgs

ROSA (ROSALIE, ROSALIA, ROZA) LUXEMBURG (LUKSENBURG, LUXENBURG) GEBOREN AM 5. MÄRZ 1871 IN ZAMOŚĆ

Die Mutter Lina, geb. Löwenstein

Der Vater Eliasch Luxemburg (Eduard Luxemburg)

Politikwechsel von links?

Cornelia Hildebrandt

DIE LINKE wirkt!

Ihr Beitrag zu einem Richtungswechsel der Politik

»Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel beizutragen,« heißt es in den programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE. Wie wird sie dieser Aufgabe gerecht? Unter welchen Bedingungen stellt sie sich dieser Aufgabe, auf welche Potentiale kann sie sich dabei stützen und welche muss sie in nächster Zeit dafür entwickeln?

Klar ist, die Linke wirkt. Sie wirkt vor allem dort, wo die SPD-Politik der »neuen Mitte« die soziale Frage links liegen lässt, wo der Abbau des Sozialstaates mit Sachzwängen des europäischen oder globalen Wettbewerbs legitimiert und das Anwachsen von Armut und Arbeitslosigkeit mit Rente ab 67 und Hartz-Gesetzen beantwortet werden. Folgerichtig wurde vor allem Hartz IV gegen den Willen seiner Erfinder zum Auslöser linker Gegenbewegungen, einschließlich der Herausbildung der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Partei benannt, die sagt, was ist, Unrecht aufzeigt und Kriegseinsätze, Sozial- und Demokratieabbau beim Namen nennt. Dafür steht sie seit 1990 als PDS, seit 2005 zusammen mit der WASG und heute als wirklich gesamtdeutsche Partei, die stärker als bisher in der Lage ist, öffentliche Diskurse zu sozialen Fragen mitzubestimmen. Dafür stehen die öffentlichen Debatten zum Mindestlohn, die Korrekturen zu den Hartz-Gesetzen, die Diskussionen um längere Zahlungen eines höheren Arbeitslosengeldes I an über 50-Jährige und die Erhöhung der Hartz-IV-Bezüge – Korrekturen, die wie Petra Pau formuliert: »Harz IV nicht entgiften«.

Die Linke wirkt zunehmend auch durch ihre Präsenz in 10 von 16 Landtagen mit mehr als 200 Landtagsabgeordneten (mehr als Grüne und FDP). Dabei geht es nicht mehr nur um die Differenzierung der Parteiensysteme auf der Länderebene. Es geht um die Veränderung des gesamten Parteiensystems

der Bundesrepublik. Mit der linken Partei beginnt sich die Repräsentationslücke zu schließen, die durch die neoliberale Politik aller anderen Parteien entstanden war. Die SPD verlor 2005 bei den Bundestagswahlen 2,3 Millionen ihrer Wähler, 970.000 allein an die Linkspartei. Bei den letzten drei Landtagswahlen 2008 wählten 120.000 frühere SPD-Wähler die Partei DIE LINKE. Aufgrund dieses politischen Drucks musste die SPD ihre Außendarstellung, vielleicht auch ihre Positionierung modifizieren. Es wurden in Hessen erste Schritte getan, um gegebenenfalls mit der Partei DIE LINKE zusammenzuarbeiten.

Dass die LINKE wirkt, zeigen auch die den Wahlkampf entscheidenden Themen der letzten vier Landtagswahlen in Bremen, Hessen, Hamburg und Niedersachsen. In allen vier Bundesländern gehörten der gesetzliche Mindestlohn, die Abschaffung der Studiengebühren, eine kostenfreie Kita und kostenfreie Ausbildung, die Schaffung von mehr Ganztags- bzw. Gemeinschaftsschulen zu den Forderungen der SPD. Die Mindestlohnkampagne der SPD läuft noch immer – auf den aktuellen Webseiten der SPD: »Gute Arbeit heißt für mich – Arbeit von der man leben kann«[1]. »Von Arbeit muss man leben können« stand bereits 2006 auf den Plakaten der Linkspartei zur Kampagne zum Mindestlohn. Damit besetzte DIE LINKE ein Thema, für das es eine breite gesellschaftliche Zustimmung gibt. 80 Prozent der Bevölkerung sind für eine armutsfeste Grundsicherung, der Mindestlohn ist Mehrheitsforderung der Anhänger aller im Bundestag vertretenen Parteien, darunter Anhänger der Linken mit 81 Prozent, der SPD mit 69 Prozent, der Grünen mit 66 Prozent, 56 Prozent der CDU/CSU mit 56 Prozent und der FDP immerhin mit 53 Prozent.

Insgesamt wird deutlich, dass sich gegenwärtig zumindest die radikalen Varianten des neoliberalen Projekts immer weniger auf gesellschaftliche Mehrheiten stützen können. Doch die Frage ist, ob die Linke auch wirksam wird bei der gesellschaftlichen Durchsetzung einer radikalen, verändernden Kritik des Projekts und der Entwicklung entsprechender Alternativen, die die Grundsätze einer sozialen, demokratischen, ökologischen und friedlichen Politik nicht nur verkündet, sondern gesellschaftlich wirksam umzusetzen vermag.

Die erfolgreiche Kampagne um den Mindestlohn ist die zwingende Antwort auf sinkende Reallöhne, auf die zunehmende Schieflage in den Verteilungsverhältnissen. Sie schärfte das soziale Profil der zusammenwachsenden Linkspartei durch praktische Zusammenarbeit, wachsendes Vertrauen zueinander und Verbindlichkeit. Das ist nicht wenig. Aber die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn bleibt – wie die Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit auch für Zeitarbeiter, nach Geschlechtergerechtigkeit, nach gleichem Zugang zu Bildung und Kultur eine notwendige Frage nach gerechterer *Verteilung* des produzierten Reichtums. Sie beantwortet noch nicht die Frage nach der *Produktion* dieses Reichtums, der demokratischen und ökologischen Gestaltung dieser Produktion einhergehend mit der Humanisierung der Arbeitswelt, die Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, gesellschaftliche- und Familienarbeit und Zeit zur Muße einschließt und so die Frage nach gerechter Produktions- und Lebensweise aufwirft. Rückt die Produktion des Reichtums ins Zentrum, muss auch über die Macht- und Eigentumsverhältnisse und ihre grundlegende Veränderung gesprochen werden.

Wenn die LINKEN also die Systemfrage nicht nur symbolisch stellen wollen, müssen ihre Forderungen über die nach Verteilungsgerechtigkeit hinausgehen. Sie müssen dann die Frage beantworten, wie sich eine gerechte und solidarische Gesellschaft entwickeln lässt, deren Produktivität sozialen, ökologischen und demokratischen Erfordernissen nachkommt. Hier gibt es zahlreiche Ansatzpunkte von den gewerkschaftlichen Kampagnen zu »guter Arbeit« über Kämpfe um Rekommunalisierung bis hin zu einem radikalen Aus- und Umbau des Bildungssystems. Es gibt aber noch kein gesellschaftlich überzeugendes, mehrheitsfähiges und durchsetzbares Projekt.

Die Partei DIE LINKE ist in allen sozialen Milieus verankert. Sie ist vor allem erfolgreich als Partei der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, der Arbeitslosen und in prekären Verhältnissen Lebenden. Sie konnte ihren Rückhalt in Teilen sozial orientierter Mittelschichten ausbauen und sie steht für ein strategisches Bündnis von hoch qualifiziert Beschäftigen, Kernbelegschaften, Prekarisierten, Erwerbslosen, Selbständigen und sozial orientierten Unternehmern. Sie hat Fuß gefasst im öffentlichen Dienst und im »dritten« Sektor. Sie bündelt Protest. Ihre Politik und Programmatik erschließt jedoch bisher nicht die Potentiale dieses Bündnisses und vor allem: Noch findet sie keinen überzeugenden Weg, die Interessen dieser sehr disparaten Gruppen miteinander zu verbinden.

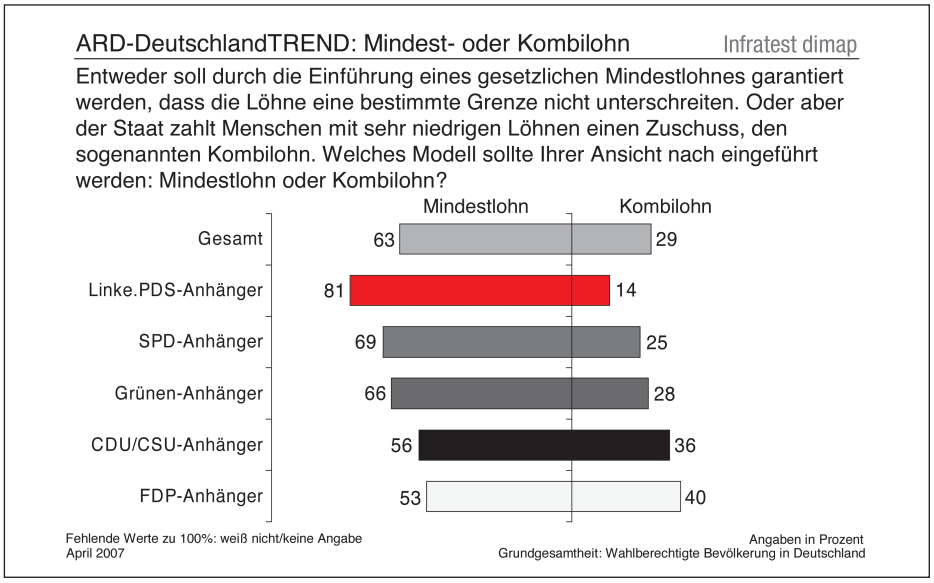
DIE LINKE muss mit der Stärkung ihres *eigenständigen* Profils als Partei der sozialen Gerechtigkeit ihren Druck auf die SPD erhöhen, indem sie Verteilungsgerechtigkeit mit der Entwicklung mehrheitsfähiger transformatorischer Projekte verbindet, die sich als Teil eines alternativen Gesellschaftsentwurfs gegen neoliberale Politik, gegen Profitdominanz als letztes Maß wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung richten und die Fragen der Aneignung von Wirtschafts-, Wissens- und Naturressourcen aufwerfen.

Dazu aber braucht DIE LINKE ebenso gesellschaftliche Allianzen, die Gewerkschaften, NGOs, Sozialverbände, Bürgerinitiativen, aber auch Nichtorganisierte einschließen, deren Grundlage reale politische Schnittmengen und kulturelle Übereinstimmungen sind. Die Schwierigkeit, beides attraktiv miteinander zu verbinden, war bisher die Schwäche der politischen Linken in Deutschland. Diese Schwäche kann die Partei DIE LINKE überwinden, wenn sie erstens ihre öffentliche Attraktivität erhöht, in dem sie die Potentiale ihrer Strömungen aus der Phase parteiinterner Machtkämpfe um die politische Hegemonie innerhalb der LINKEN zugunsten konstruktiver und toleranter

Zusammenarbeit zusammenführt und dies verbindet mit der Entwicklung einer linken Kultur, die ihrem demokratischen und emanzipativen Anspruch gerecht wird. Sie braucht zweitens offene, auch sich selbst organisierende Räume, in denen sie ein Akteur neben anderen ist, wie sie es erfolgreich bei den G8-Protesten war, und sie braucht drittens unmittelbare und sinnliche Bezüge zur Vielfalt linker Lebenswelten und Lebenswirklichkeiten wie sie etwa die SP in den Niederlanden erfolgreich praktiziert.

Cornelia Hildebrandt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 SPD. http://gute-arbeit.spd.de/servlet/PB/menu/1725514/index.html



Dag Seierstad

Die Sozialistische Linkspartei Norwegens – bittere Früchte eines Erfolges

2001 hatte die Norwegische Arbeiterpartei eine ihre schwersten Niederlagen erfahren und zugleich verdoppelten sich die Stimmen der Sozialistischen Linkspartei auf 12,5 Prozent, während sich insgesamt ein Rechtsruck vollzog. Die Arbeiterpartei hatte fast zwei Mal soviel Stimmen verloren, wie die Sozialistische Linkspartei gewonnnen hatte. Die siegreiche Rechte (die konservative Partei) war in der Lage, große Steuersenkungen durchzusetzen und die neoliberale Politik zu verstärken. Ihre Regierung konnte nur mit der Unterstützung der unberechenbaren und gemäßigt fremdenfeindlichen »Fortschrittspartei« gebildet werden.

Nach vier Jahren änderte sich die Lage. Eine Mitte-Links-Allianz aus Arbeiterpartei (den Sozialdemokraten), Sozialistischer Linkspartei (SV) und Zentrumspartei (der früheren Bauernpartei), die sich »Rot-Grüne Allianz« nannte, ging siegreich aus den Parlamentswahlen am Montag, den 12. September 2005 hervor. Ursache dieses Wahlsiegs war vor allem die Veränderung der Politik der Gewerkschaften sowie eine stärkere zivilgesellschaftliche Linke insbesondere auf den Gebieten Umwelt und internationale Solidarität. So wurde im Mai 2001 erstmals der Chef der Sozialistischen Linkspartei zu einem Gewerkschaftskongress eingeladen. Derselbe Kongress stimmte auch, gegen den Rat der Führungsgremien, dafür, der Sozialistischen Linkspartei einen Teil des Geldes zu geben, das als Beitrag zum Wahlkampf der Arbeiterpartei geplant war. Die Zentrale Gewerkschaft und viele Branchengewerkschaften erklärten öffentlich, dass die Wählerinnen und Wähler ihre Interessen vertreten sollten, indem sie entweder die Arbeiterpartei oder die Sozialistische Linkspartei wählen sollten.

Die zentrale Gewerkschaft (LO) begann bereits im Herbst 2004 den sogenannten »langen Wahlkampf« mit dem Ziel, nach den Wahlen im September 2005 eine linke Mehrheitsregierung einzusetzen. Die drei Parteien der Zentrums-Linksallianz bestritten den Wahlkampf mit verschiedenen politischen Programmen, aber mit einer gemeinsamen, weithin publik gemachten Absicht, eine gemeinsame Regierung zu bilden, sollte es ihnen gelingen, eine Mehrheit im Parlament zu erzielen. Die Arbeiterpartei konnte ihr Ergebnis um fast 8 Prozent steigern (sie erschien erneut als wirklich linke

Partei), während die Sozialistische Linkspartei vier Prozent gegenüber 2005 verlor.

Die Verhandlungen zwischen den drei Koalitionsparteien dauerten drei Wochen und waren so schwierig, wie sie nur sein konnten. Die Resultate der Verhandlungen waren in vieler Hinsicht überraschend. 1. Die Regierungsvereinbarung war ein 74 Seiten langes, ausführliches und zu vielen Fragen überraschend konkretes Dokument – weit entfernt von der kurzen, allgemeinen Erklärung, die den Interessen des dominierenden Partners in der Regierung genügt hätte. 2. Die 19 Ministerposten wurden so verteilt: 10 für die Arbeiterpartei, 5 für die Sozialistische Linkspartei und 4 für die Zentrumspartei; auf diese Weise hat die Arbeiterpartei die kleinstmögliche Mehrheit in der Regierung. 3. Die Sozialistische Linkspartei erhielt das Finanzministerium, das Bildungsministerium, das Umweltministerium, das Ministerium zur Modernisierung der öffentlichen Dienstleistungen und das Ministerium für Entwicklungshilfe und Konfliktvorbeugung. 4. Die Plattform ist in vieler Hinsicht definitiv links vom Wahlprogramm der Arbeiterpartei. Das trifft sowohl auf die internationale als auch auf die Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik zu. 5. Die wichtigste Veränderung der Politik besteht in der Verpflichtung, die Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen im Staatssektor zu beenden, und in verschiedenen Versprechen, dasselbe auch in den Beziehungen zu Entwicklungsländern zu realisieren und dafür innerhalb internationaler Institutionen wie Weltbank und Vereinten Nationen zu wirken. Der Beitritt zur EU wurde auf Eis gelegt. Es wurde festgelegt, dass norwegische Entwicklungshilfe nicht in Programme fließen soll, die Auflagen zur Liberalisierung und Privatisierung enthalten. Die Hilfe wurde auf über ein Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht. Militäreinsätze im Ausland sollten ausschließlich bei Vorliegen eines klaren UN-Mandats erfolgen. Die im Irak und Afghanistan eingesetzten 40 Stabsoffiziere und das Trainingspersonal wurden zurückgezogen. Die Unterstützung für die von den USA geführten Einsätze Enduring Freedom in Afghanistan wurden gestoppt.

Auch im Gebiet der Innenpolitik wurden Erfolge erzielt. Dies betrifft die Eingrenzung von Zeitarbeit, die Reduktion der legalen Obergrenze für Überstunden, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften, die Bindung von Ausschreibungen an norwegische Löhne und Arbeitsbedingungen. Der regionale Ausgleich wurde erhöht, die Zuzahlungen im Gesundheitswesen reduziert usw. usf. Es

wurden wieder Steuern auf Aktiendividenden eingeführt.

Die norwegische Wirtschaft boomt wie nie zuvor. Gehälter und Realeinkommen wachsen schnell, wenn auch aufgrund der Steuergesetzgebung die höheren Gehälter besonders schnell wachsen. Im großen Stile werden Luxusautos, Häuser, Jachten und insbesondere Zweitwohnsitze an der Küste oder auf dem Lande gekauft. Die Beschäftigung stieg in absoluten Zahlen so stark an wie noch nie vorher. Die Arbeitslosigkeit wurde von 4,6 auf 2,3 Prozent halbiert. Der CO_2-Ausstoß wird bis 2020 um 30 Prozent gesenkt. Die Zahl der Kindergartenplätze wurde rasch erhöht und bis 2009 kann der Anspruch auf einen Kindergartenplatz für alle, für die ein Antrag gestellt wird, garantiert werden. Die Beiträge wurden stark gesenkt (maximal 280 Euro). Die Privatisierung im Bildungswesen wurde gestoppt.

In aktuellen Meinungsumfragen des Jahres 2008 schneiden trotz dieser Erfolge alle Regierungsparteien schlechter ab als bei den Wahlen 2005. Die Medien und viele Wählerinnen und Wähler betrachten den erfolgreich umgesetzten Teil des Regierungsprogramms vor allem als die Leistung der Arbeiterpartei. Die noch nicht erfüllten Zusagen sind von den Oppositionsparteien (der moderaten Rechten und der sogenannten »Parteien der Mitte«) überraschend gut in ihr eigenes Profil aufgenommen worden.

Das bedeutet, dass sich mit Ausnahme der Partei der populistischen Rechten das gesamte Parteienspektrum jener Politik angenähert hat, die seit Jahren von der Sozialistischen Linkspartei vertreten wird. Das gilt sowohl für unsere Sozialpolitik als auch, vielleicht noch mehr, für unsere Umweltpolitik.

Das ist gut für die Menschen und für die Gesellschaft – kurzfristig gesehen. Längerfristig könnte die aktuelle Politik in eine Sackgasse führen, wenn die gegenwärtige politische Konjunktur im September 2009 zu einer Wahlniederlage der Sozialistischen Linkspartei und der derzeitigen Regierungskoalition führt.

Die Gründe für die schlechten Umfrageergebnisse sind in verschiedenen Richtungen und auf unterschiedlichen Ebenen zu suchen. Hier eine Auswahl:

Es gibt offensichtlich in allen europäischen Ländern eine zunehmende Tendenz, die Regierungen zum Sündenbock für alles Kritikwürdige in der Gesellschaft zu machen und die Regierungsparteien dafür bei der nächsten Wahl abzustrafen.

Unser Dilemma liegt darin, dass alles, was für die Gesellschaft und große Teile der Wählerschaft gut ist, nicht auch gut für die Partei sein muss.

Nach der Wahl von 2005 kam es zu einer starken Demobilisierung der Gewerkschaften, was es der Arbeiterpartei ermöglichte, ihre Mehrheit in der Regierung in vielen Fällen zur Verfolgung eigener politischer Ziele zu nutzen, die nicht explizit im Regierungsprogramm vereinbart worden waren. Diese Tatsache ist als eine Serie von Niederlagen für die Sozialistische Linkspartei betrachtet worden.

Der größte Unterschied zur Politik der Vorgängerregierung ist, dass die in den letzten zwei Jahrzehnten betriebene Liberalisierung und Privatisierung gestoppt wurde. Die Staatskonzerne wurden gestärkt. Für die Wähler stellt sich das als Politik des »Status quo« dar. Aber eine solche Politik des Status quo reicht nicht aus, um die Begeisterung zu entfachen, die eine Regierung für linke Reformen benötigt.

Der große strategische Fehler seitens der Führer der drei Parteien der derzeitigen Regierungskoalition war das vor den Wahlen von 2005 den Wählern gegebene Versprechen, die Gesamtsteuerquote in den nächsten vier Jahren nicht zu erhöhen. Das Versprechen war möglicherweise nötig, um die Wahlen zu gewinnen, da die führenden Oppositionsparteien große Steuersenkungen versprochen hatten. Die Folgen sind jedoch verheerend, da das Land einen beispiellosen Wirtschaftsaufschwung erlebt. Der private Konsum und die privaten Ausgaben sind in die Höhe geschnellt, wobei sie aufgrund des Einfrierens der Steuersätze viel schneller wachsen mussten als die öffentlichen Ausgaben und Investitionen. Damit hat die Ungleichheit in der Gesellschaft genau in dem Zeitraum zugenommen, da umfangreiche Sozialreformen objektiv möglich sind. Der in den letzten Jahren geschaffene Vermögenszuwachs hätte zum Abbau der Ungleichheiten und zur substantiellen Verbesserung der Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge genutzt werden können.

Alle von den Gremien der Sozialistischen Linkspartei erarbeiteten Analysen sind bis jetzt zu dem Schluss gekommen, dass die Regierungspolitik ein großer Erfolg gewesen ist. Die Richtung der Politik hat sich wesentlich zugunsten der von der Sozialistischen Linkspartei vertretenen Politik geändert. Unser Dilemma liegt darin, dass alles, was für die Gesellschaft und große Teile der Wählerschaft gut ist, nicht auch gut für die Partei sein muss. Das ist kein guter Grund, die Regierung zu verlassen oder nach den nächsten Wahlen in die Opposition zu gehen. Die Erfolge der Vergangenheit und die bewiesene Fähigkeit, die Richtung von Politik von links mitzubestimmen, haben neue Herausforderungen geschaffen, auf die noch keine Antworten gefunden sind.

Dag Seierstad ist Mitglied des Nationalrats der Sozialistischen Partei Norwegens.

SV
Sosialistisk Venstreparti

Mimmo Porcaro

Die italienische radikale Linke zwischen Innovation und Enttäuschung

Spätestens seit 2001 hat Italiens radikale Linke einen bedeutenden Innovationsprozess durchlaufen. Seit den großen Demonstrationen der globalisierungskritischen Bewegung gegen das G8-Treffen in Genua im Juli 2001 wurden sowohl seitens der »Bewegung« als auch seitens der »Partei« die verstreuten innovativen Erfahrungen der vorhergehenden Jahre gebündelt und eine Reihe von jahrzehntelang scheinbar unveränderten Prinzipien und Aktionsformen explizit verändert.

Die Bewegung verstand sich nicht mehr als Repräsentant einer einzelnen Klasse oder eines einzigen Themas, sondern bewusst als die einer *Vielfalt.* Sie vereinigte somit in der Praxis all diejenigen, die in der Vergangenheit getrennt und zersplittert agiert hatten (Arbeiter, Umweltschützer, Feministinnen, religiöse Gruppen und Aktivisten für globale Gerechtigkeit). Darüber hinaus setzte sie methodisch auf eine breite *Partizipation,* auf *Konsensentscheidungen* und auf *Gewaltfreiheit* als allgemeinen Grundsatz. Sie verwendete Instrumente regionaler und nationaler Initiative (die Sozialforen), die zu festen Orten politischen Handelns wurden und zehntausende Menschen, die größtenteils dort ihre ersten politischen Erfahrungen sammelten, einbeziehen konnten.

Gleichzeitig beschleunigte die Partei der kommunistischen Neugründung (Partito della Rifondazione Comunista, PRC) – die einzige Partei, die sich offen auf die Seite der Demonstranten von Genua gestellt hatte – ihren Prozess der Erneuerung. Sie fand, zumindest der Absicht nach, zum Grundsatz der *Gewaltfreiheit* und zur Idee der *Vielfalt der gesellschaftlichen und politischen Akteure* des Wandels: nicht mehr nur »die Klasse«, sondern sämtliche Konfliktakteure; nicht mehr nur die Partei, sondern auch die Vereinigungen und ihre Netzwerke. Diese Innovation mündete im Projekt der italienischen *Europäischen Linken,* die die besagten Absichten verwirklichen und ein neues politisches Subjekt erschaffen sollte, bestehend aus der PRC, diversen Vereinigungen und aus einzelnen Anhängergruppen, denen allen die gleiche politische Würde zukam.

Auf diese Weise wurde die Bewegung zu einem wichtigen Akteur der politischen Auseinandersetzung in Italien. Die PRC löste sich endlich aus ihrer Isolierung und begann, sich dauerhaft mit den neuen Konfliktformen zu verbinden. In den letzten Jahren kam diese große Innovation jedoch nach und nach zum Stillstand.

Auf Seiten der Bewegung hatte sich die Erfahrung der Sozialforen allmählich erschöpft. Die Gründe hierfür wurden noch nicht hinreichend untersucht, aber hypothetisch lassen sich zumindest drei aufzählen: 1) Die Niederlage der Kampagne gegen den Irakkrieg hatte dazu geführt, dass viele Aktivisten zu ihren früheren »gesellschaftlichen« Aktivitäten (Ehrenamt, regionale Aktionen) zurückgekehrt waren. Die Sozialforen waren insbesondere nicht in der Lage, eine Gegenstrategie gegenüber dem Übergang von der sogenannten »sanften« zur »militärischen« Globalisierung zu bewältigen. Die Auseinandersetzung mit dieser Globalisierung hätte es erforderlich gemacht, über eine allmählich anwachsende Bewegung hinauszugehen und eine umfassende Strategie auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, national, europäisch und weltweit) zu entwickeln. 2) Die führenden Gruppen in den Sozialforen waren nicht wirklich aus dem Kreis der neuen Aktivisten hervorgegangen, sondern meistenteils aus den alten (wenn auch intelligenten) aktiven Kämpfern der 1970er Jahre oder aus jungen Aktivisten, die jedoch durch die Ideologien vorangegangener Phasen der Auseinandersetzung (wie die von Antonio Negri) beeinflusst waren. Dies führte zur zunehmenden Loslösung der neuen Aktivisten. 3) Anstatt sich um echte politische Unabhängigkeit zu bemühen, verfolgten die moderateren unter den in der Bewegung vertretenen Gruppierungen gegenüber der sozialliberalen Linken eher eine Politik der *Pressure Groups.* Sie wollten zunehmend nicht durch die eigene Stärke zum autonomen Akteur werden, sondern die gemäßigte Linke in ihrer Politik beeinflussen und dadurch gestaltend wirken.

Auf der anderen Seite hatte die Erneuerung der PRC eigentlich nur einen Teil ihrer Führungsmannschaft und der aktiven Kämpfer erfasst und keinen neuen »Führungsstil« hervorgebracht, der den neuen Konsensverfahren und der Zusammenführung mehrerer Akteure angemessen wäre. So passte sich die PRC einerseits an alles an, was die Bewegung entschied, entwickelte andererseits aber politische Vorschläge (wie den des Beitritts zur Regierung Prodi im Jahre 2006), ohne eine echte Absprache mit der Bewegung selbst zu treffen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass der überwiegende Teil der Bewegung nicht mit den Entscheidungen der PRC einverstanden gewesen wäre. Vielmehr bedeutet es, dass das Fehlen eines festen Ortes für den Austausch zwischen Bewegungen und Parteien (ein weiteres Anzeichen ausbleibender Innovation) dazu geführt hat, dass die Entscheidungen nicht wirklich gemeinsam getroffen wurden, weder zu Beginn noch im Laufe der Regierungszeit.

In der Folge haben sich in dieser Zeit der Regierungsbeteiligung die radikaleren Bewegungen von der PRC entfernt und die moderateren es nicht geschafft, sich von der sozialliberalen Linken wirklich unabhängig zu machen. Mangels einer »Gemeinsamkeit« der Regierungserfahrung tendieren die Aktivisten, die Bewegungen und das »Volk der Linken« enttäuscht und verunsichert teilweise dazu, sich bei den Wahlen entweder der Stimme zu enthalten oder sie der neu gegründeten Demokratischen Partei (Partito Democratico) zu geben.

Angesichts der Niederlage der politischen Linken sowie der Isolierung bzw. des Sprachverlustes der Bewegungen wird die »politische Bühne« Italiens außer von der Rechten auch von einer neuen Form von Populismus eingenommen, die anstelle einer partizipativen Demokratie und des Wandels des wirtschaftlichen und politischen Systems eine direkte, unmittelbare Demokratie fordert und fast ausschließlich gegen die »politische Klasse« wettert.

Gleichzeitig wandten sich mit der Krise der Regierung Prodi weitere Teile der Linken (die Partei der Italienischen Kommunisten, die Grünen, die Demokratische Linke) entschieden vom Sozialliberalismus ab und schlossen sich der PRC in der Koalition von »Die Linke – der Regenbogen« (la Sinistra l'Arcobaleno) an. Dies ist ein positiver Prozess, analog zu dem, der in ganz Europa die Front der radikalen Linken erweitert. Allerdings hat dieser Prozess bisher vor allem wahltaktischen Charakter und scheint nicht von der nötigen kulturellen Überzeugung getragen zu sein. Hinsichtlich der ursprünglichen Hypothese der Europäischen Linken ist die Regenbogen-Linke zweifellos ein Fortschritt, da sich die Anzahl der einbezogenen politischen Akteure erhöht. Gleichzeitig stellt sie aber auch einen Rückschritt dar, da sie den Kontakt zu den gesellschaftlichen Akteuren (den zivilgesellschaftlichen Vereinigungen) tendenziell eher verliert.

Diese Situation kann nur dadurch überwunden werden, indem ein Weg der erneuten Innovation eingeschlagen wird. Die notwendigen Ressourcen dafür sind vorhanden. Die Bewegung ist alles andere als tot. Sie hat ihre Form geändert, hat in die zahlreichen regionalen Auseinandersetzungen Eingang gefunden, deren vernetzte und die Massen einbeziehende Dimension ohne die Kultur der Bewegung selbst, ohne den Rückgriff auf das Konsensverfahren und die Gewaltfreiheit, unmöglich gewesen wären. Innerhalb der Bewegung wird wieder über die Schaffung einer angemessenen politischen Form nachgedacht. In der Regenbogen-Linken gibt es viele Kräfte, die in der Lage sind, die Innovation weiterzuverfolgen und ein Parteienbündnis zu errichten, das zu einer einheitlichen politischen Führung fähig ist und gleichzeitig eine pluralistische Form aufrecht erhält, bei der alle Subjekte (Parteien und Vereinigungen) die gleiche politische Würde haben.

Sowohl für die Bewegung als auch für die neue Partei liegt das Hauptproblem möglicherweise in der Schaffung einer den neuen Zeiten wirklich angemessenen politischen Kultur. Dazu müsste Folgendes getan werden: 1) Systematisierung der verschiedenen Innovationen der vergangenen Jahre, 2) Schaffung gemeinsamer Initiativen in der politischen Bildung und kulturellen Arbeit, 3) Definition eines neuen einenden Paradigmas, in welchem der Sozialismus (bzw. die neue Gesellschaft) auf einem Konzept der gemeinsamen Verwaltung des öffentlichen Eigentums gründet, wobei mit öffentlichem Eigentum auch die wichtigsten Produktionsmittel (und insbesondere das Wissen) gemeint sind.

Es ist jedenfalls wichtig zu verstehen, dass die erforderliche Innovation nicht nur das Verhältnis zwischen Bewegung und Partei betrifft. Sie betrifft vor allem das Verhältnis der Bewegung und der Partei zum »Volk«, das heißt zu den Klassen, die von der soziokulturellen Dynamik der jüngsten Modernisierung ausgeschlossen und wirtschaftlich verarmt sind und die sich vom Populismus angezogen fühlen. Aber auch zu einem großen Teil diejenigen, die sich in der gegenwärtigen Modernisierung ohne feste Bezugspunkte bewegen.

Um die Beziehung zwischen der »Avantgarde« (der Partei und der Bewegung) und dem »Volk« wiederherzustellen, sind wahrscheinlich zwei Schritte nötig: Erstens die Ausschöpfung aller Möglichkeiten einer »direkten« Willensäußerung des Volkes (Referenden, Netzwerkpolitik, Vorwahlen usw.) die, auch wenn sie heutzutage vor allem vom Populismus benutzt werden, einen starken Partizipationswillen zum Ausdruck bringen; zweitens das Handeln als »soziale Partei«, d. h. Annäherung an das Volk vor allem durch Eingehen auf seine unmittelbaren Bedürfnisse (Organisation von Kindergärten, Kampf gegen den Verfall der Städte, »Kaufgemeinschaften« gegen die Teuerung usw.) und erst »danach« das Wirken durch die eigentliche politische Propaganda.

Bereits die nächsten Monate werden zeigen, ob die italienische radikale Linke in der Lage sein wird, die mit viel Kraft in Genua gezeigte Innovation mutig wiederaufzugreifen und zu vertiefen und so einen neuen Kampf um einen politischen Richtungswechsel aufzunehmen vermag.

Dieser Artikel wurde vor den Wahlen Mitte April 2008 verfasst. Bei diesen Wahlen haben die radikalen Linken den Einzug ins Parlament und in den Senat verfehlt.
Näheres über die Hintergründe der italienischen Wahlen unter:
http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=9929&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=1204&tx_ttnews[backPid]=406&cHash=79de0ebf85

Dr. Mimmo Porcaro ist Mitglied des Nationalen Politischen Komitees der Partito della Rifondazione Comunista (PRC).

Mitglieder der SP bei einer Demonstration in Brüssel

Cornelia Weißbach

Die niederländische Socialistische Partij

Die Niederlande durchlaufen seit 2002 eine doppelte Krise, deren sozialökonomische Dimension das wirtschaftliche Wachstum, den Export und die Nachfrage bremsten sowie den Anteil prekärer Beschäftigung noch einmal sprunghaft erhöhte. In der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit erfährt die politisch-kulturelle Dimension der doppelten Krise mehr Aufmerksamkeit. Zuletzt mit dem islamfeindlichen Film des Rechtspopulisten Geerd Wilders. Vorausgegangen war das »lange Jahr 2002« mit einer großen Erschütterung im Parteiensystem. Die WählerInnen hatten bei den Parlamentswahlen mit der neu gegründeten postmodernen antiestablishment-Liste Lijst Pim Fortuyn (LPF) eine Partei außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses zur zweitstärksten Kraft gewählt. Die seit dreizehn Jahren mitregierende Sozialdemokratie verlor annähernd die Hälfte ihrer Stimmenanteile und sackte auf 15 Prozent. Damit war nach sieben Jahren in einer »violetten Koalition« mit den beiden liberalen Parteien der niederländische Versuch eines »Dritten Weges« gescheitert. Die »Erdrutschwahlen« signalisierten erstmalig eine tiefe Kluft zwischen politischer Klasse und Wahlbevölkerung, die den »Poldermodell«-typischen[1] gesellschaftlichen korporativen Grundkonsens eher als eine inhaltlich-programmatische Gleichförmigkeit aller etablierten Parteien wahrnahm. Die LPF ist zwar als politische Kraft implodiert, aber der Abschließungsprozess der politischen Klasse ist in den Augen der WählerInnenschaft weiter vorangeschritten.

Unter Linken rücken die Niederlande in jüngster Zeit aus ganz anderen Gründen stärker ins Bewusstsein: Die niederländische Socialistische Partij (SP) errang bei den Wahlen im vergangenen November ihren bisher größten Sieg. Mit 16,6 Prozent der Stimmen wurde sie drittstärkste Kraft sowohl in der zweiten Kammer des Parlaments als auch gemessen an ihren Mitgliedern. Nur 4,6 Prozent trennen sie damit von einem der Verlierer der Wahlen, den niederländischen Sozialdemokraten (PvdA), auf die nur 21,2 Prozent der Stimmen entfielen.

Der mediengewandte und überaus populäre Vorsitzende der SP Jan Marijnissen warb bereits im Vorfeld der letzten Wahlen für eine Zusammenarbeit von GroenLinks, Sozialdemokratie und SP. Die anderen beiden Parteien lehnten dies ab und die Mehrheitsverhältnisse nach den Wahlen ließen ein Mitte-Links-Kabinett nicht zu. Jan Peter Balkenende führt als Ministerpräsident zum dritten Mal eine Koalition aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und der kleinen fundamentalistisch christlichen Union.

Warum, wie bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im November 2006, die soziale Schieflage sich zum ersten Mal stärker parteipolitisch links artikulierte, war bei den Kommunalwahlen im März noch nicht abzusehen, da beispielsweise die PvdA Stimmen hatte gewinnen können. Die SP thematisiert seit langem eine tiefer werdende Kluft zwischen Wahlbevölkerung auf der einen und den inhaltlich konvergierenden Parteien, den politischen und wirtschaftlichen Eliten, auf der anderen Seite. Sie positioniert sich in der doppelten Krise in doppelter Weise:

Einerseits macht sie im Parlament eine konsequente Oppositionspolitik gegen die wachsende Ungleichheit, andererseits repräsentiert sie mit einer authentischen Orientierung an den Lebenswelten der »DurchschnittsniederländerIn« und ihrer von Beteiligung und Kampagnen geleiteten Arbeitsweise ein Gegenmodell zum »expertInnenzentrierten« Poldermodell. In der Kampagne gegen den EU-Verfassungsvertrag ergab sich erstmals eine konkrete Aktionsform, vermittels derer die Entfremdung von Bevölkerung und europäischen wie nationalen Eliten greifbarer gemacht werden konnte.

Das »Nee« im Referendum war der Schlüssel zum Wahlerfolg, bei dem die SP ihren Stimmenanteil mit fast 17 Prozent beinahe verdreifachte. Es gelingt ihr, linke Themen zu besetzen und progressive Forderungen entschieden zu vertreten. Dies ist allerdings gepaart mit teilweise offen kulturkonservativen Elementen, v. a. in der Europapolitik oder der Integrationspolitik, aber auch in anderen Bereichen, die in den Niederlanden traditionell eher liberal gehandhabt werden wie etwa der Sterbehilfe, der Stammzellenforschung oder der Förderung niederländischer Popmusik. Insgesamt fallen kulturelle Problemdiagnosen oft traditionell konservativ aus; sie werden aber nicht allein durch Veränderungen von Werten erklärt, sondern mit zunehmender Armut fortschreitender sozialer Spaltung und dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Strukturen in Beziehung gesetzt. Insofern erinnern sie an Varianten des »Kommunitarismus«, in denen die materielle Unterfütterung jedoch klar erkennbar bleibt.

Auf diese Weise öffnet sich die SP der in den Niederlanden traditionell starken christlich-sozialen Mitte. Die Analyse der Wahlprogramme und die inzwischen eingenommene Orientierung auf eine keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Regierungskoalition stützen die gängige These einer Sozialdemokratisierung der einstigen maoistischen K-Gruppe sowohl hinsichtlich einer programmatisch-inhaltlichen »Mäßigung« als auch im Hinblick auf eine Verbreiterung des WählerInnenpotentials. Eindeutig bejaht werden kann sie aber dennoch nicht: In Parteistruktur und Arbeitsweise finden sich Elemente, die die SP von typisch fordistischen sozialdemokratischen Parteien abgrenzen. Auch unterschätzt die Sozialdemokratisierungsthese die spezifische Neuzusammensetzung der politischen Programmatik und Strategie, in der Ansätze einer Re-Regulation des nationalen Kapitalismus mit kommunitaristischen Elementen, christlich-sozialer Ethik, einer Ausnutzung neuer Medien und spezifisch mitgliedsnahen »Marketingkonzepten« verknüpft sind.

Wesentlich ist die Parallelität kulturkonservativer, regulativer sowie ausgeprägt außerparlamentarischer und beteiligungsorientierter Antworten auf die Erscheinungsformen der sozialökonomischen wie der politisch-kulturellen Krise. Gleichzeitig vermag die SP, die zugrunde liegenden Ursachen der Entfremdungstendenzen der Wahlbevölkerung von der politischen Klasse und den AkteurInnen des Wettbewerbskorporatismus sowie vom Prozess der europäischen Integration als einer die Legitimationskrise des niederländischen politischen Systems forcierenden Dynamik zu überbrücken. Die Identifikation von Basis und Parteikadern ist insbesondere in ihrem Selbstverständnis ausschlaggebend für den Erfolg und führt zum immensen Stellenwert eines (nicht mit Basisdemokratie gleichzusetzenden) Konzeptes der Beteiligung von ehrenamtlichen Mitgliedern und Freiwilligen an Kampagnen, Aktionen und am Wahlkampf. Sie bindet Menschen an die Partei und macht sie so zu einem wichtigen Faktor ihrer Funktionsweise.

Trotz einer bereits in den 1970ern vollzogenen »De-Maoisierung« der SP hat die maoistische »Massenlinie« die SP dennoch bis heute geprägt. Dies trifft vor allem für ihre relativ authentische Ausrichtung an den Interessen der »kleinen Leute« zu. Die-

SP

Socialistische Partij

Wahlspruch:

»menselijke waardigheid, gelijkwaardigheid en solidariteit«

»Menschliche Würde, Gleichheit und Solidarität«

Vorsitzender der SP: Jan Marijnissen

se fungieren im Parteidiskurs nicht als reine Projektionsfläche der eigenen Bestrebungen; stattdessen genießt der direkte Kontakt zur Basis und zum WählerInnenklientel einen hohen Stellenwert in der Partei und ist elementarer Bestandteil ihres Selbstverständnisses. Dies wird zum Beispiel daran deutlich, dass die Arbeit in den Ortsgruppen eine hohe Gewichtung erfährt und dass es auch für hauptberufliche ParteifunktionärInnen selbstverständlich ist, sich an der »Straßenagitation« zu beteiligen. In ihren Wahlkampfstrategien legt die Partei großen Wert auf eine verständliche Vermittlung ihrer Positionen. Zusätzlich setzt sie vielfach auf außerparlamentarische Aktionsformen wie Unterschriftensammlungen, Kampagnen und Demonstrationen, die zum direkten »Mitmachen« auffordern. Aus der frühzeitig entwickelten und lokal umgesetzten Strategie der »Massenorganisationen« ist v. a. die Gewährleistung individueller Betreuungs- und Hilfsangebote erhalten geblieben.

Auch im Umgang mit Medien setzt sich ihre lebensweltliche Orientierung fort: Mit Abgeordneten kann auf der SP-Homepage über politische Themen und konkrete Entscheidungen diskutiert werden; in ihrem Online-Tagebuch schreiben die Abgeordneten auch über private Angelegenheiten. Im Wahlkampf konnten Kettenmails weitergesandt werden, die einen Film enthielten, auf dem jede ZuschauerIn von Jan Marijnissen namentlich angesprochen wurde (»virus-movie«). Die SP gewann bereits einen Design-Preis für ihr Logo und setzt auf die »interaktiven« Möglichkeiten der neuen Medien im Wahlkampf. Zuletzt strahlte sie im Rahmen ihrer Kampagne gegen den Ausverkauf der häuslichen Krankenpflege ein Video aus, auf dem sich eine alte Frau auszieht. Der Tenor des provozierend schockierenden Films ist die Gleichwertigkeit (ver-)öffentlicher Blöße und täglich wechselnden Pflegepersonals.

Die SP war die erste Partei, die ihre Abteilungen über eine weit verzweigte und interaktive Internetplattform mit Feedback-Möglichkeiten für die NutzerInnen vernetzte. Zusätzlich bemüht sich die Partei, Strukturen zu schaffen, die eine möglichst direkte Kritik ihrer Politik durch die Basis, die Wählerinnen und Wähler sowie eine interessierte Öffentlichkeit ermöglichen.

Was zunächst bleibt, ist der bemerkenswerte Erfolg der SP.

Kehrseite der Basisorientierung ist allerdings ein weitgehender Verzicht auf präzise Gesellschaftsanalyse und -kritik. Beispielsweise scheint die – wahlpolitisch überaus erfolgreiche – programmatische Orientierung, auf eine Stärkung der nationalen Parlamente im europäischen Integrationsprozesses gegenwärtig bestenfalls die europäisch-institutionalisierte Regimekonkurrenz zu verstetigen. Inwiefern die Partei den Widerspruch zwischen der Einbindung in einen möglichen national sowie wettbewerbstaatlich orientierten »Block an der Macht« (Regierungsbeteiligung) und ihrer strikten Basisorientierung regulieren kann (v. a. nach dem Ende der Ära Marjinissen), ist eine hypothetische Frage. Was zunächst bleibt, ist der bemerkenswerte Erfolg der SP, neue und vor allem authentische Problemdimensionen »aufzuspüren« und politisch sowie institutionell dauerhaft zu artikulieren. Gleichwohl sind Zweifel angebracht, ob die Fähigkeiten eines politischen »Trüffelschweins« ausreichen um einen Politikwechsel in den Niederlanden zu bewirken.

Cornelia Weißbach ist Diplomandin an der Phillips-Universität Marburg, FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie.

1 Unter dem Poldermodell wird in den Niederlanden die organisierte Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und unabhängigen von der Regierung ernannten Mitgliedern im Wirtschaftsrat (Sociaal Economische Raad) verstanden.

Die Fotos auf den Themaseiten wurden der Fotodokumentation »No Dal Molin« von Gino Vallesella entnommen.

Nach langjährigen Planungen wurde im Sommer 2006 das Projekt Ausbau der US-Militärbasis auf dem Gelände »Dal Molin« bei Vicenza, bedeutende Stadt der italienischen Renaissance und UNESCO-Weltkulturerbe, bekannt gegeben. Die Basis würde, zusammen mit der bereits bestehenden Basis Ederle, den größten Militärstützpunkt in Europa bilden. Zudem liegt unter dem Flughafen eines der größten Grundwasserreservoire, das nicht nur Vicenza, sondern auch Padua und Rovigo versorgt. Im Herbst 2006 stimmte die Stadtregierung dennoch zu. Damit begann auch der Protest. Im Dezember demonstrierten rund 20.000 Menschen. Dem Schriftzug »No Dal Molin« begegnet man jetzt oft in Italien, praktisch bei jeder Protestbewegung, sei es auf der Demonstration in Genua gegen den G8-Gipfel, sei es auf Kundgebungen in Rom, stets ist er unübersehbar.

Gino Vallesella, Jahrgang 1955, geboren in Vicenza, Berufsschullehrer in seiner Heimatstadt, ist seit vielen Jahren politisch aktiv und in der Friedensbewegung engagiert, eine Auswahl seiner Kameras hat er dabei immer griffbereit …

Die Ausstellung ist bis zum 31. Mai 2008 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sehen.

Patric Bies

Im Saarland ist alles anders

Zur Arbeit der Peter-Imandt-Gesellschaft (PIG) und des RLS-Regionalbüros Saarbrücken

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Regionalbüro Saarbrücken/
Peter-Imandt-Gesellschaft e.V.
Futterstraße 17–19
66111 Saarbrücken
Telefon +49 (0)681 5953892
Telefax +49 (0)0681 5953893
imandt@web.de
www.peter-imandt.de

In seiner politischen und sozialen Entwicklung nimmt das kleinste Flächenbundesland Deutschlands eine Sonderstellung ein. Im 19. Jahrhundert, Teil des protestantischen Preußenstaates mit einem Bevölkerungsanteil von 80 Prozent Katholiken, tobten zu Zeiten des bismarckschen Kulturkampfs erbitterte Auseinandersetzungen um den Einfluss auf die Saarbevölkerung – vor allem auf die Bergarbeiter. Diese Auseinandersetzungen führten dazu, dass liberale oder sozialdemokratische Ideen erst spät eine Rolle spielten.

Das »Sozialistengesetz der Saarindustrie« 1877 und Bismarcks »Sozialistengesetz« 1878 taten ein Übriges, die Ausbreitung sozialistischer Gedanken in den saarländischen Eisenhütten und Bergwerken zu behindern. Unter dem Einfluss des Industriellen Karl Ferdinand von Stumm prägten patriarchale Betriebspolitik und die Bekämpfung gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse die Arbeitswelt. Das Land an der Saar erhielt den Spottnamen »Saarabien«. Erst nach 1904 gelangen gewerkschaftlichen Neuanfänge.

In Folge des 1. Weltkriegs standen die Gruben und Hütten mitsamt den Arbeitern unter Völkerbundsverwaltung. Die Preußen gingen, die Franzosen kamen. »Reparationsleistungen« nannte man das. Aber erstmals gab es so eine Art Saarland, in dem die Arbeiterbewegung erstarkte. Doch sie war nicht mächtig genug, um 1935 den Anschluss an Hitler-Deutschland zu verhindern. Das Saarland wurde dem »Gau Westmark« zugeschlagen und in der Folge lagen sich deutsche Soldaten im »Westwall« und französische Soldaten in der »Ligne Maginot« gegenüber. Ausgang bekannt.

Das von französischen Truppen abermals besetzte Saarland erhielt nach dem 2. Weltkrieg einen »autonomen Status«, eine höfliche Umschreibung für »Satellitenstaat«, wodurch dessen Einverleibung in den französischen Wirtschaftsraum nicht so auffallen sollte.

Weil alles demokratisch aussehen sollte warben die französische Regierung unter Mendes-France und die westdeutsche Bundesregierung unter Adenauer für die Annahme des »Saarstatuts« als Teil der »Pariser Verträge«. Adenauer war bereit, die dauerhafte Loslösung des Saarlandes vom deutschen Staatsverband als Preis für die Westintegration zu akzeptieren. Doch bei der Volksabstimmung 1955 lehnten Zweidrittel der Wähler das Statut ab. Fortan wurde das Saarland zum »jüngsten Bundesland«, bis ihm 1990 andere den Titel abnahmen.

Natürlich haben die historischen Brüche als Grenzregion tiefe Spuren im Bewusstsein der Bevölkerung hinterlassen. Das muss als Hintergrund für die Einschätzung von Prozessen im Saarland berücksichtigt werden.

Neben den allgemein bekannten gab es auch Menschen, deren Bedeutung der Nachwelt bisher nur wenig bekannt sind: Beispielsweise putzte Helene Demuth aus St. Wendel den Haushalt von Karl Marx in London so gründlich, dass ihr Boss Zeit hatte an das große Ganze zu denken. Nach dessen Tod nutzte Friedrich Engels »Lenchens« Talente.

Ebenso ging ein anderer Saarländer, der 1823 in Noswendel bei Wadern geborene Peter Imandt, in das

Rosa Luxemburg Stiftung
Regionalbüro Saarbrücken
Peter Imandt Gesellschaft e.V.
Verein für politische Bildung und Kultur im Saarland

gleiche Trierer Gymnasium wie Karl Marx. Beide trafen sich erstmals 1848 in den Redaktionsräumen der »Neuen Rheinischen Zeitung« in Köln. Imandt gehörte fortan zum engeren Kreis um Marx. Mit Auflösung der Zeitung meldete sich Imandt mit Friedrich Engels als Freiwilliger zum Willicher Freikorps. Beide kämpften in der Pfalz und in Baden bis zum Übertritt in die Schweiz. Während Marx schon in London weilte und Engels die Schweiz verlassen musste, sorgte Imandt dafür, dass die mitgenommene Badische Landeskasse nicht für Musketen rausgeworfen, sondern in Erwartung politisch günstigerer Zeiten, ganz solide auf der Bank angelegt wurde. Danach warfen ihn die Schweizer Behörden aus dem Land.

Imandt zog nach London und fristete dort ein politisch reiches aber wirtschaftlich armes Leben, bis ihn eine Stelle als Deutschlehrer nach Dundee in Schottland lockte. Er verschwand ohne Streit oder politische Differenzen aus den Kreisen um Marx, hielt aber durch Briefe und zahlreiche Artikel über die Situation der Arbeiterklasse in Schottland weiter Kontakt »zu den Alten«, bis er 1897 starb.

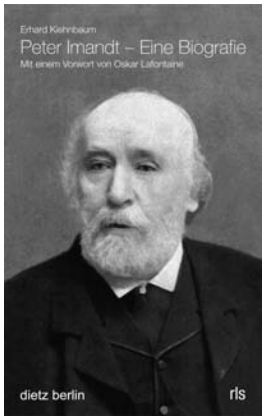
»Peter Imandt« wählten wir 1999 als Namen für die damals »PDS-nahe« Bildungsgesellschaft, deren Mitgliederzahl auf 23 Personen begrenzt ist. Seitdem arbeitet die PIG im Stiftungsverbund der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Jährlich finden zwischen 25 bis 30 Veranstaltungen der politischen Bildung statt. Dabei wird versucht, in der Bildungsarbeit eine breite Themenpalette abzudecken – von aktuellen Fragen zu Kapitalismus, Globalisierung und Neoliberalismus, über den Umgang mit Nazis bis hin zu Angeboten, die Fragen zur Geschichte, Identität und Regionalentwicklung des Saarlandes zum Inhalt haben.

Dank der Einrichtung des Regionalbüros der RLS in Saarbrücken im Herbst 2007 ließen sich nun neue Themen aufgreifen. Die Kulturpolitik wurde zu einem wichtigen Schwerpunkt. Aus einem lockeren Gesprächskreis entstand die »Initiative Kritik und Kultur«. »Musik als Ausdruck gesellschaftlichen Bewusstseins« schien einen Versuch wert, diejenigen Kulturgüter für sich zu reklamieren, die von der medialen Welt bis zur Unkenntlichkeit durch den Wolf gedreht oder heute vom Mainstream bis zur extremen Rechten missbraucht werden.

Über 500 Besucher zählte das erstmals im März 2008 durchgeführte »Festival des kritischen Liedes«, mit Kabarett, einem Liederabend mit bekannten Musikern (nicht nur) aus der Region und einem »Lauter-Kritik Bandcontest« (www.lauter-kritik.de) bei dem junge Künstler mit aktuellen Songs ihrem Protest Ausdruck geben. Alle Künstler traten dabei ohne Gage auf. Eine Ausstellung über die Entwicklung der Liedermacherbewegung in der BRD und DDR, »Burg Waldeck und die Folgen« gehörten ebenfalls zum Festival – ein voller Erfolg.

2009 finden im Saarland Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen statt. Glaubt man den Wahlforschern, darf sich die hiesige LINKE Hoffnungen auf ein sprunghaftes Wachstum an Wählerstimmen machen (2004: 2,3 Prozent als PDS bei den Landtagswahlen), nachdem sie bereits bei den Bundestagswahlen 2005 über 18 Prozent und damit das beste Ergebnis aller westdeutschen Landesverbände erzielte. Umso mehr wird sich der Fokus der PIG darauf richten, Debatten um eine linke Politikentwicklung im Saarland zu führen.

Patric Bies ist RLS-Regionalmitarbeiter im Saarland.



Erhard Kiehnbaum
Peter Imandt – Eine Biografie
Mit einem Vorwort
von Oskar Lafontaine
Karl Dietz Verlag Berlin 2001
144 Seiten, Broschur
9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02030-9

Wolfgang Bey, Bernd Löffler

Büroeröffnung in Erfurt

Am 5. März 2008 wurde das Regionalbüro Thüringen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Erfurt, der thüringischen Landeshauptstadt, eröffnet. Über 60 Menschen waren der Einladung gefolgt. Unter den Gästen waren Bodo Ramelow, MdB, möglicher Ministerpräsident Thüringens ab 2009, der Landesvorsitzende der LINKEN Knut Korschewsky, eine ganze Reihe von Mitgliedern des Thüringer Landtages, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen und der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen.

Heinz Vietze, Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wünschte dem Regionalmitar-

Kontakt:
Regionalbüro Thüringen der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bernd Löffler
Pilse 29
99084 Erfurt
Telefon: 0361 5504115
loeffler@rosalux.de

beiter Bernd Löffler Geduld und Erfolg. Heinz Vietze übergab eine Rosa-Luxemburg-Ausstellung, die schon an verschiedenen Orten in Deutschland auf Interesse gestoßen ist.

Die Büro-Eröffnung fand im »RedRoXX« statt. Das ist das Büro der Thüringer Landtagsabgeordneten Susanne Hennig und Matthias Bärwolf und gleichzeitig beliebter Treffpunkt für linke Erfurter Jugendliche. Hier werden künftig auch Veranstaltungen der RLS stattfinden – befindet sich das Büro des Regionalmitarbeiters Bernd Löffler doch in Räumen im selben Haus, oberhalb des »RedRoXX«. Zu den Gästen der Eröffnung sprachen weiter Steffen Kachel, Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Knut Korschewsky und Bodo Ramelow. Politische Bildung realisiert sich bekanntlich aber nicht nur über Wortbeiträge. Diesem Grundsatz folgend, sorgte der kurdischen Musiker Nazem Soleiman für Musik von der Saz, einer Langhalslaute. Vorgestellt wurde ein deutsch-bolivianisches Bildungsprojekt. In diesem Projekt wollen thüringische Bildungsträger mit bolivianischen Partnergruppen die erste indigene Schule Boliviens aufbauen und gleichzeitig eine intensive politisch-kulturelle Erfahrungs- und Strategiendiskussion zwischen sozialen Bewegungen beider Länder organisieren.

Dr. Wolfgang Bey ist im Büro der RLS-Geschäftsführung zuständig für Länderrat, Landesstiftungen und Regionalbüros Ost.
Bernd Löffler ist RLS-Regionalmitarbeier in Thüringen.

Meinhard Meuche-Mäker, Florian Weis

Step by step

Die Eröffnung des Regionalbüros Hamburg ist ein weiterer Schritt der Ausweitung der bundesweiten Tätigkeit der RLS

Kontakt:
Regionalbüro Hamburg der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Meinhard Meuche-Mäker
Telefon: 0179 2732844
info@rosa-luxemburgbildungswerk.de

Am 8. April 2008 wurde das Regionalbüro Hamburg der Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnet. Zu den Gästen gehörten der RLS-Vorsitzende Heinz Vietze und das geschäftsführende Vorstandsmitglied Evelin Wittich, sowie der ver.di-Landesbezirksvorsitzende Wolfgang Rose (MdBü) und der Geschäftsführer des VSA-Verlages, Gerd Siebecke.

Das neue Büro liegt direkt am Hansaplatz, mitten im Hamburger Stadtteil St. Georg, in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs und des Deutschen Schauspielhauses.

Mit der Büroeröffnung wird die erfolgreiche Bildungsarbeit von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg mit jeweils über 40 Veranstaltungen pro Jahr verbessert. Winfried Schebesch, Vorsitzender des 1996 gegründeten Rosa-Luxemburg-Bildungswerks, gab die Umbenennung in RLS Hamburg bekannt, um so die enge Zusammenarbeit der RLS mit ihrer Landesstiftung und ihrem Regionalmitarbeiter Meinhard Meuche-Mäker zu verdeutlichen.

Heinz Vietze verwies sowohl auf die nationale als auch auf die internationale Ausdehnung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und nannte die Eröffnung von weiteren Auslandsbüros in Mexiko, China, Vietnam, Israel und Palästina in diesem Jahr.

Christiane Schneider, eine der Landessprecherinnen der LINKEN in Hamburg und seit kurzem stellvertretende Fraktionsvorsitzende der durch die Bürgerschaftswahlen vom 24. Februar 2008 gebildeten LINKEN-Fraktion im Hamburger Landesparlament – und Mitglied des Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, betonte abschließend die Notwendigkeit seriöser Forschung und die Fortsetzung pluraler politischer Bildungsangebote, die auch über den Tellerrand der Partei hinausreichen.

Dr. Florian Weis ist im Büro der RLS-Geschäftsführung zuständig für Landesstiftungen und Regionalbüros West.
Meinhard Meuche-Mäker ist RLS-Regionalmitarbeiter in Hamburg.

Fritz Balke

Frieden und Sicherheit für Israel und Palästina

In diesem Frühjahr sind zahlreiche Veranstaltungen und Begegnungen einem wichtigen Thema gewidmet: dem 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel. Zu Recht, denn die Bildung eines jüdischen Staates nach dem schrecklichen Holocaust war in der bewegten Geschichte des Nahen Ostens und seiner Völker von nachhaltiger Bedeutung. Aber es gab auch eine Kehrseite: die Flucht und Vertreibung der Palästinenser, für die das Geschehen des Jahres 1948 die »Nakba« (die Katastrophe) bedeutet. Seither ist der Nahostkonflikt trotz aller Bemühungen um eine Lösung eine blutende Wunde, die den Völkern viel Leid beschert und das internationale Klima vergiftet.

Dieses brisante Thema war für die RLS Anlass, zwei thematisch miteinander verknüpfte Veranstaltungen durchzuführen – eine zur facetten- und konfliktreichen Geschichte und Gegenwart Israels, die andere mit dem hoffnungsvollen Titel »Eine Zukunft für Palästina«. Kompetente Gäste aus Israel und Palästina vermittelten einen plastischen Eindruck von der aktuellen Situation, aber auch Vorstellungen über die Lösung dieses Jahrhundertkonfliktes. Ermutigende Ansätze, wie die von israelischen und palästinensischen Persönlichkeiten ins Leben gerufene »Genfer Initiative«, verdienen viel größere Unterstützung.

Der überaus rege Zuspruch und die lebhafte Diskussion zeigten, wie groß das Interesse an einer Positionsbestimmung der LINKEN ist. Die streitbaren Beiträge von Gregor Gysi, Wolfgang Gehrcke und anderen Rednerinnen und Rednern machten deutlich, dass es durchaus Klärungsbedarf gibt und die Debatte weitergeführt werden muss. Ist es gerechtfertigt, angesichts der völkerrechtswidrigen Politik der israelischen Führung von einer »Solidarität mit Israel« zu sprechen? Wie steht die Linke zum Zionismus? Darf man als Deutscher überhaupt Israel kritisieren, ohne gleich als Antisemit stigmatisiert zu werden? Sollten radikal-islamistische Bewegungen wie die Hamas an Verhandlungen beteiligt werden?

Bei all diesen auch kontrovers diskutierten Fragen war man sich einig, dass es Frieden für die Region und ihre Völker nur geben kann, wenn ein souveräner, lebensfähiger Staat Palästina an der Seite Israels entsteht. Die unheilvolle Spirale von Gewalt und Gegengewalt muss durchbrochen werden. Deutschland sollte nicht nur als Geldgeber agieren und sich viel stärker und ausgewogener für politische Lösungen engagieren. Einseitige Positionen, wie von Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem Israel-Besuch im März dieses Jahres vertreten, sind da alles andere als hilfreich.

Die RLS hat sich bereits vor mehreren Jahren entschlossen, auch in der brisanten Nahost-Region Flagge zu zeigen (vgl. RosaLux, 2_2007, S. 22–23). Sie vermag dies, da sie dort verlässliche Partner hat: Sowohl in Palästina als auch in Israel wirken eine große Anzahl interessierter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Friedensaktivisten. Auf den beiden Veranstaltungen machten die Gäste deutlich, welch große Erwartungen sie in eine linke politische Stiftung setzen. Die bevorstehende Eröffnung zweier Auslandsbüros in Ramallah und Tel Aviv soll diesen Erwartungen Rechnung tragen und die Zusammenarbeit auf eine feste Grundlage stellen. Friedliche Konfliktlösungsstrategien, Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte sowie die Belebung des linken akademischen Diskurses stehen ganz oben auf ihrer Agenda. Und nicht zuletzt werden die beiden Büros einen Beitrag zur innerdeutschen Diskussion, zur Schärfung des Profils der LINKEN und zum Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus leisten.

Beide Veranstaltungen sind auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter: http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=9929&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=1187&tx_ttnews[backPid]=406&cHash=344b251c7c ausführlich dokumentiert.

Dr. Fritz Balke ist Regionalreferent Naher und Mittlerer Osten, Türkei im Bereich Ausland der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das neue Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg

Büro Johannesburg
Rosa Luxemburg Foundation
Southern Africa Regional Office
237 Jan Smuts Avenue
Parktown North
Johannesburg, 2193
Fon: 0027-11-4475222
Fax: 0027-11-8805676
IP-Fon: 0027-87-8053308
info@rosalux.co.za

Büroleitung
Gerd-Rüdiger Stephan
Jahrgang 1961, Studium der Geschichts- und Editionswissenschaften in Leipzig, 1988–1990 Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin, 1991–1994 Archivbereichsleiter am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin, 1995–1998 Forschungsstipendium des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, 1998–2006 Geschäftsführer der RLS Brandenburg in Potsdam und Kuratoriumsmitglied der RLS, seit 2007 Leiter des Regionalbüros Südliches Afrika der RLS in Johannesburg, Autor bzw. Herausgeber von Publikationen und Artikeln zur deutschen Zeitgeschichte

Projektleitung
Rose Khumalo

Finanzen
Waltraud Mayrhofer

Sekretariat
Esther Bango

Gerd-Rüdiger Stephan

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südafrika

Zur Eröffnung des neuen RLS-Regionalbüros Südliches Afrika in Johannesburg

Am 12. März 2008 konnte das neue Regionalbüro Südliches Afrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung offiziell in Betrieb genommen werden. Vor zwei Jahren war die Entscheidung gefallen, ein Grundstück samt Gebäude in Johannesburg zu erwerben. Das 2003 bezogene Office in Braamfontein (hier wurde das erste RLS-Auslandsbüro überhaupt eröffnet), erwies sich zunehmend als zu klein. Die Suche nach einem neuen Domizil dauerte aber einige Zeit.

Im Frühjahr 2007 fiel die Wahl auf den neuen Standort in Parktown North. Im Juni konnten nach diversen Genehmigungsverfahren die umfangreichen Rekonstruktionsarbeiten beginnen. Ende Dezember 2007 wurde der technische Umzug durchgeführt. Ab Januar 2008 waren alle Mitarbeiter damit beschäftigt, die neue Technik in Betrieb zu nehmen. Bis Anfang März konnte schließlich auch die Gestaltung der Außenanlagen fertig gestellt werden.

Wichtige Gäste – wichtige Themen

Zur Eröffnung kamen Vertreter von mehr als 20 Partnerorganisationen, vornehmlich von NGO's sowie universitären Einrichtungen aus Südafrika, Namibia und Zimbabwe. Aus Deutschland war eine Delegation unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden der RLS, Heinz Vietze, angereist. Auch der Leiter des RLS-Regionalbüros in Warschau, Holger Politt, war zugegen.

Mit großer Freude konnten wir Denis Goldberg begrüßen. Der »Angeklagte Nr. 3« im Rivonia-Prozess, in dem er wie die anderen Angeklagten, unter ihnen

Nelson Mandela, zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden war, hat über die zurückliegenden Jahre eng mit unserer Stiftung zusammengearbeitet. In einer Grußansprache kündigte er die Fortsetzung seines Mitwirkens an.

Mehr Platz – mehr Möglichkeiten

Neben den zweckmäßig ausgestatteten Büros und Beratungsräumen besteht nunmehr die Möglichkeit, Tagungen, Workshops oder Seminare mit bis zu 60 Teilnehmern durchzuführen. Ende Mai findet erstmals eine solche Veranstaltung statt. Geplant sind weitere Veranstaltungen, u. a. eine Veranstaltungsreihe, die ab dem zweiten Halbjahr 2008 beginnen soll.

Aktivitäten der Stiftung in der Region seit 2000

- 2000 Projekte in Südafrika und Namibia mit derzeit 12 Partnerorganisationen
- 2003 Eröffnung des ersten Auslandsbüros der RLS in Braamfontein, jetzt Parktown

Themenlinien

- Unterstützung neuer theoretischer Ansätze, die im Rahmen von Transformation für die Entwicklung eines alternativen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modells stehen
- Förderung von genossenschaftlicher Partizipation (Produktionsgenossenschaften, Wohnungsgenossenschaften, Genossenschaftsbanken, etc.)
- Stärkung demokratischer und sozialer Partizipation insbesondere durch die Stärkung von Netzwerken
- Förderung der Auseinandersetzung mit ausgewählten Abschnitten der Südafrikanischen Geschichte
- Unterstützung von Programmen der ländlichen Entwicklung durch Stärkung der Selbstorganisation armer und unterprivilegierter Gruppen
- Nationale Minderheiten, Migration und religiöse Vielfalt
- Gender-Gerechtigkeit
- Generationendialog, Jugend und Gesellschaft

Büroleiter Gerd-Rüdiger Stephan bei der Eröffnungsrede

Bodo Ramelow

Zu den Möglichkeiten linker Politik auf Landesebene

In Thüringen stehen zurzeit täglich hunderte Menschen – darunter viele Mitglieder der LINKEN – auf Marktplätzen und sammeln Unterschriften für das Volksbegehren »Mehr Demokratie in den Thüringer Kommunen«. Sie sind sich darin einig, dass die Mitbestimmung und Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen in den Städten und Gemeinden dringend verbessert werden muss.

Direkte Demokratie wird so zu einem Markenzeichen unserer Arbeit. Wirkliche Demokratie muss die Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen, die Einfluss- und Eingriffsmöglichkeiten der Bürger an die erste Stelle setzen. Emanzipation und Partizipation müssen durch uns als treibendes Gesellschaft veränderndes Element verbunden werden. Das ist für linke Politik wichtig, gerade auch im Vorfeld der Landtagswahl 2009. Wir sollten wissen, was die Menschen bewegt, was sie von uns erwarten und welche Veränderungen sie wünschen.

Was können Linke aber letztlich bewirken? In Thüringen erwarten viele von der LINKEN Antworten und neue Wege aus der Konzeptionslosigkeit der CDU-Regierung. Dabei war die Breite und Herkunft der Kritiker noch nie so groß wie in der Gegenwart. Der Rücktritt des Innenministers Gasser und der Umgang mit der sogenannten Polizeireform innerhalb der Union zeigen, wie groß das Chaos ist! In der Wirtschaft sind wir begehrter Gesprächspartner bei den Kammern, den Innungen und bei Gewerkschaften.

Mitdenken und Handeln statt weiter so! Alternativen sind machbar und ein Gewinn für alle!

Aber es reicht nicht aus, dagegen zu sein, zu meckern, zu kritisieren oder anzuprangern. Wenn wir eine Veränderung erreichen wollen, benötigen wir Unterstützer weit über unsere Parteigrenzen hinaus. Dafür brauchen wir Fantasie, aber keine Fantastereien. Fantasie, wenn es darum geht, Schule zukunftsfähig zu gestalten, öffentliche Verwaltungen bürgernah und effizient zu machen und Fantasie, wenn es um regionale Wirtschafts- und Energiekreisläufe geht. Thüringen ist ein kleines Flächenland, aber gerade das macht es möglich, über zukunftsweisende Ansätze zu reden und handlungsorientierte Leitbilder vorzustellen.

Wir können Thüringen zum Land mit der modernsten Bildung machen – gemeinsam mit Lehrern, Kindern und Eltern. Bildung gerät zunehmend zum Spielball der Landespolitik, was zur Verunsicherung aller Beteiligten führt. Wir wollen die frühe Selektion der Kinder überwinden, das vielgliedrige Schulsystem abschaffen und längeres gemeinsames Lernen bis zur Klasse 8 ermöglichen. Das verstehen wir unter integrieren statt selektieren! Damit dies aber nicht je nach Regierungsmehrheit wieder verändert wird und Lehrerinnen sowie Schüler zu Versuchskaninchen der Politik werden, sollten die Thüringer per Volksentscheid über eine Bildungsreform befinden.

Wir können Thüringen zum Land mit der modernsten Verwaltung machen – bürger-

VOLKSBEGEHREN

Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen

200.000 Unterschriften bis 19. Juli 2008

Telefon 03691 / 735 221 Mehr Demokratie !

www.thueringen.mehr-demokratie.de

Zwischen Bayern und Thüringen liegen Welten – jedenfalls in Sachen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene.

Während in Bayern in den vergangenen zwölf Jahren 1.750 Bürgerbegehren gestartet wurden, sind es in Thüringen gerade 69. Bayern ist Spitzenreiter unter den Bundesländern, Thüringen Schlusslicht. Mit einem Volksbegehren will das Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erleichtern. Die Unterschriftensammlung ist gestartet. Bis 19. Juli 2008 muss das Mehr Demokratie-Bündnis 200.000 Unterschriften sammeln.

nah und an den Interessen der Menschen orientiert. Es gibt erste Ansätze, wo der Bürgerservice der Verwaltung zwischen 8.00 Uhr und 20.00 Uhr angebotsorientiert präsent ist und selbst am Samstag Bürger die Möglichkeit haben, sich mit persönlichen Angelegenheiten an die Verwaltung zu wenden. Politik und Wirtschaft sprechen gern von Flexibilität, wenn es um Arbeitsplätze und deren Abbau geht. Häufig umschreibt man damit allerdings Gewinnsteigerung für Einzelne. Warum sollte man aber nicht den Gewinn der Bürger gemeinsam mit der Verwaltung steigern? Hier sollte unser Ansatz sein, um gemeinsam mit den Beschäftigten in den Verwaltungen neue Wege zu gehen. Es geht um deren sinnvollen und bürgerfreundlichen Einsatz. Das verstehen wir unter bürgernah statt bürokratisch!

Wir können Thüringen zum Land mit modernsten Energieformen machen. Die Privathaushalte und Unternehmen stehen zunehmend unter der Preistreiberei der Energiekonzerne. Dies kann durch die Vergesellschaftung der Stromnetze und die Entflechtung der Energieunternehmen aufgebrochen werden. Das wäre der Einstieg in einen Masterplan zur Energiewende und würde den Weg zur regionalen und ökologisch sinnvollen Energiegewinnung öffnen. Dazu bedarf es keiner 380 KV-Leitung durch den Thüringer Wald. Wir brauchen eine Energieagentur als Teil des Masterplanes, um die Ressourcen der Thüringer Energieunternehmen zu fördern und zu vernetzen. Stadtwerke, private Produzenten, Bürgerkraftwerke, landwirtschaftliche Betriebe unter voller Nutzung von Biogas, Biowärme genauso wie Sonnen-, Wasser- oder Windenergie wären die Träger und Treiber der Entwicklung. Mit einer vor allem regionalen Energiegewinnung könnten zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Das verstehen wir unter regional statt global!

Das sind nur einige ganz konkrete Themen, wo DIE LINKE in Thüringen Politik anders gestalten kann, ohne dafür eine Gelddruckmaschine in Gang setzen zu müssen. Dazu bedarf es lediglich einer alternativen Herangehensweise in der Landespolitik an den Landeshaushalt, der Aktivierung der Bürgerschaft, der Mitarbeiter der Verwaltungen sowie der Demokratisierung vorhandener Strukturen.

Mitdenken und Handeln statt weiter so! Alternativen sind machbar und ein Gewinn für alle!

Bodo Ramelow, MdB, Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und Bundeswahlkampfleiter.

Standpunkte der RLS

rls standpunkte 9/2008

Gregor Gysi

Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel

Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel
Standpunkte 9/2008
von Gregor Gysi

Ist die jüdische Einwanderung nach Deutschland am Ende?
Standpunkte 8/2008
von Irene Runge

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die russische Außenpolitik
Standpunkte 7/2008
von Wolfgang Grabowski

»Kriegsverrat« – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus?
Standpunkte 6/2008
von Jan Korte

Die CSU – das Modell einer »regierenden Partei«
Standpunkte 5/2008
von Martin Fochler

Kinderarmut verhindern – aber richtig! Zur Rolle des Kindergeldes bei der Bekämpfung der Armut von Familien mit Kindern
Standpunkte 4/2008
von Alexander Fischer

Horst Helas, Dagmar Rubisch, Rainer Zilkenat (Hrsg.)

Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland

Horst Helas, Dagmar Rubisch, Rainer Zilkenat (Hrsg.)
Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland
Texte 46 der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Karl Dietz Verlag Berlin 2008, 175 Seiten, Broschur
14,90 Euro, ISBN 978-3-320-02142-9

Antisemitismus ist – leider – in der deutschen Gesellschaft eine seit vielen Jahren relativ unveränderte Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung. Trotz dieses pessimistischen Befundes ist die Hartnäckigkeit der vielen Akteure beim Kampf um die Zurückdrängung des Antisemitismus in Deutschland bewunderns- und unterstützenswert.

Mehrere Beiträge in dieser Publikation belegen die lange Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte von Antisemitismus in Deutschland. Andere beleuchten aktuelle Aspekte dieses Phänomens. Sie alle bekräftigen, dass der Kampf gegen Antisemitismus einen unverwechselbar eigenständigen Platz in der Bekämpfung von Phobien verschiedenster Art, von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit innehat, der nicht relativiert werden sollte.

Im Zentrum des Buches stehen die Referate und ausgewählte Diskussionsbeiträge der Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 11. Januar 2007. Dort wurde das Bedürfnis bekräftigt, grundlegende Erfahrungen der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus im Deutschland einem breiten Interessentenkreis zugänglich zu machen. Deshalb wurde im Dokumententeil auch die »Working Definition of Antisemitism« abgedruckt, die allen im OSZE-Prozess zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus Engagierten eine Orientierung bietet.

Die Herausgeber möchten vier Aspekte ihrer grundsätzlichen Haltung benennen:

1. Für Menschen, die sich heute in Deutschland zu »den Linken« zählen, ist der Antifaschismus ein unverzichtbarer Grundwert. Dass dieser Antifaschismus keinesfalls monolithisch zu verstehen ist, versteht sich von selbst. In Deutschland hat es vor wie nach 1945 immer Antifaschismen gegeben. Das entsprechende Handeln von Menschen verschiedener Herkunft und Weltanschauung gründete und gründet sich auch in der Gegenwart auf unterschiedliche Motive. Zudem meint Antifaschismus heute (in Deutschland wie im Ausland) immer auch ein PRO, das Eintreten für bestimmte Grundwerte der bestehenden Gesellschaft, ihre Verteidigung wie Ausgestaltung.

2. »Die Linke« – in Ost- wie Westdeutschland – muss sich fast 60 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten und fast 20 Jahre nach der erneuten Herstellung der Einstaatlichkeit mit allen Bereichen und Facetten ihrer Geschichte differenziert, kritisch und sachlich auseinandersetzen. Auch hier versteht es sich von selbst, die äußeren Aspekte, beispielsweise die Zwänge des Kalten Kriegs, zu berücksichtigen. Dies sollte aber nicht zur Entschuldigung für Unzulänglichkeiten, Fehlentwicklungen und auch Verbrechen im jeweiligen Deutschland, zu gegenseitigen Schuldzuweisungen oder zur Aufrechnung führen. Dies gilt auch für eine solch sensible Frage wie die, ob es in der DDR Antisemitismus gegeben habe. Dieses Spezialthema der Geschichte der DDR verdient Aufmerksamkeit. Ihm wurde übrigens im Osten wie im Westen Deutschlands vor wie nach 1989 Beachtung geschenkt. Angesichts des in Deutschland um sich greifenden Geschichtsrevisionismus gewinnen Debatten, Forschungen wie Publikationen auch zu dieser Problematik an Aktualität.

3. Staatliche Organe, Wissenschaftler wie Publizisten sollten aufhören, zwischen Rechtsextremismus und sogenanntem Linksextremismus ein Gleichheitszeichen zu setzen – auch hinsichtlich des Antisemitismus. In Theorie wie gesellschaftlicher Praxis sollte man den Trennungsstrich zwischen all jenen Kräften, die die demokratische Grundordnung in Deutschland als ihren Handlungsrahmen ansehen, und jenen, die das »ganze System« und »alle Systemparteien« überwinden wollen, klar kenntlich lassen.

4. In Publizistik wie wissenschaftlicher Debatte erleben wir immer wieder, dass ein beliebiger Autor mit seinen Aussagen von Vorgestern immer wieder neu konfrontiert wird. Dies geschieht manchmal in der Erwartung, der Zitierte möge sich rechtfertigen. Die Herausgeber halten eine Personifizierung inhaltlicher Debatten grundsätzlich für wenig zielführend, zumal wenn korrekt und zeitgenau wiedergegebene Zitate mit dem späteren oder früheren politischen Wirken einzelner Personen verbunden werden. Das eine hat mit dem anderen nicht immer etwas zu tun.

Sigrid Bock

Der Weg führt nach St. Barbara

Die Verwandlung der Netty Reiling in Anna Seghers

Jemand reichte 1928 zwei Erzähltexte zum Wettbewerb um den Kleistpreis ein und setzte sich gegen Bewerber von Rang und Namen wie Arnolt Bronnen, Lion Feuchtwanger, Marieluise Fleißer, Gustav Regler und Hans José Rehfi sch durch. Gutachter Hans Henny Jahnn war fasziniert: Eine »Wiederentdeckung des Daseins« von »großer Klarheit und Einfachheit«, wobei alle Tendenz verbrennt »in einer leuchtenden Flamme der Menschlichkeit«.

Der Autor schien ein Mann zu sein, in Hafenstädten lebend, vertraut mit schlingernden Schiffen und rauchigen Kneipen, wo Seeleute ihre Geschichten erzählen. Doch weit gefehlt: Der Preisträger war eine Frau, die soeben ihr zweites Kind zur Welt brachte, verheiratet mit einem ungarischen Politemigranten und in Berlin-Wilmersdorf lebend.

Aufgewachsen im Mainzer »Puppenhaus« einer orthodox-jüdischen Kunsthändlerfamilie, hatte sie in Heidelberg und Köln Kunstgeschichte und Sinologie, Soziologie und Historie studiert und war zum Dr. phil. mit einer Arbeit über Juden im Werke Rembrandts promoviert worden. Dann aber erste Erzählversuche: von Toten auf der Insel Djal; vom Bischof, der seine Hure erwürgt und von einer Frau gerettet wird – und der prämierte Aufstand der Fischer von St. Barbara … Ein Weg, der in die Weltliteratur führte.

Aus dem Kapitel »Das Zimmer«

Arbeitszimmer der Anna Seghers. Mehr ein Zimmerchen. Vier mal vier Meter. Eingeengt von Bücherregalen. An zwei Wänden ziehen sie sich bis zur Decke empor. Dort, wo die Regale im rechten Winkel zusammentreffen, ist Platz ausgespart für eine schmale Tür. Weniger eine Tür: ein Durchschlupf ins Wohn- und Bibliothekszimmer. Bibliothek aber ist hier in dieser Wohnung alles. Ob Wohn- oder Arbeitsraum oder Korridor, überall reiht sich Buch an Buch. Die Fensterwand mit der Balkontür ist die einzige Wand im Arbeitszimmer ohne Bücherregal. Dafür drei kleine Bilder …

In der Mitte des Zimmers der Schreibtisch. Der prangt groß und frei. Nichts zwängt ihn ein. Mittelpunkt allen Geschehens in diesem Raum. Dennoch: Kein besonderes Möbelstück. Nicht – wie andere Schriftsteller es gern mochten – eigenen Wünschen entsprechend angefertigt. Ein Tisch, wie er in den Wohnstuben einfacher Leute steht.

Um den sich Familienmitglieder und Gäste versammeln … Solch ein Tisch findet sich immer und immer wieder im Werk der Anna Seghers. Symbol der Gemeinsamkeit friedlicher Menschen. Hier dient er als Schreibtisch. Hier also saß die Schriftstellerin. Arbeitete sie.

Mit dem Rücken zu Schreibschrank und Bücherregal. Vor sich das Sofa, die Bilder. Nach allem Trubel des äußeren Lebens – in diesem Raum, an diesem Tisch war Anna Seghers allein. Allein – sich und ihrem Gewissen verantwortlich.

Nur ihre selbstgewählten Bücher, Bilder, Geschenke waren als Zeugen und Ratgeber zugelassen. In dieser Einsamkeit und Stille schrieb sie. Dachte sie nach. Träumte. Schrieb.

Sigrid Bock
Der Weg führt nach St. Barbara
Die Verwandlung der Netty Reiling in Anna Seghers
Karl Dietz Verlag Berlin 2008
320 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag
19,90 Euro
ISBN 978-3-320-02129-0

Die Autorin

Sigrid Bock – die emeritierte Professorin für Germanistik (Jahrgang 1930) arbeitete an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Die meisten ihrer Publikationen gelten der Deutschen Literatur des Exils, der nicht-faschistischen Literatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945, der Literatur in der DDR und der Antikriegsliteratur seit 1918.

Zwischen 1970 und 1979 gab Sigrid Bock die publizistischen und theoretischen Schriften von Anna Seghers in vier Bänden heraus: »Über Kunst und Wirklichkeit«.

»Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muß, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewährt. Deshalb halte ich es mit Lessing, der an den jüngeren Reimarus schrieb: ›Aber was tut's? Jeder sage, was ihm Wahrheit dünkt, und die Wahrheit selbst sei Gott empfohlen.‹«

Aus: Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals
in: Gesammelte Werke, Karl Dietz Verlag Berlin, S. 523